

## **A8-Beschluss Dringlichkeitsantrag I1 Kreuzfahrt nach Jamaika? – So wird das nichts!**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 28.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 5. Aufbruch wagen - Leitanträge

28 Die ersten Ergebnisse und Zwischenstände der Verhandlungen liegen nun auf dem  
29 Tisch. War die erste Woche noch geprägt von freudestrahlender  
30 Regierungsbegeisterung auf allen Seiten des Verhandlungstischs, wird die  
31 Stimmung nun rauer. Als Jugendorganisation der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
32 bewerten wir den Zwischenstand der Sondierungen.

33 Wir erwarten von einer Regierung mit Grüner Beteiligung, die Welt gerechter zu  
34 machen. Jamaika darf keine männlich dominierte Koalition der Reichen und  
35 Privilegierten werden. Es geht darum, die Schere zwischen Arm und Reich zu  
36 schließen.

37 Wir erwarten von einer Regierung mit Grüner Beteiligung, dass sie das Klima  
38 rettet und die Umwelt schützt. Jamaika darf keine Koalition des Stillstands  
39 werden. Es geht darum, die Klimakatastrophe zu stoppen und unsere  
40 Lebensgrundlage zu erhalten.

41 Wir erwarten von einer Regierung mit Grüner Beteiligung, dass sie Menschenrechte  
42 verteidigt. Jamaika darf keine Koalition der Abschottung werden. Es geht darum,  
43 das individuelle Grundrecht auf Asyl zu schützen und auszubauen und humanitäre  
44 Krisen global zu lösen.

45 Wir erwarten von einer Regierung mit Grüner Beteiligung ein klares Bekenntnis zu  
46 einem solidarischen Europa. Jamaika darf keine Regierung von Klientelinteressen  
47 werden. Es geht um eine Abkehr von der Austeritätspolitik und darum, ein  
48 solidarisches und demokratisches Europa zu schaffen. Ein Schließen rechter  
49 Flanken durch die Übernahme populistischer Forderungen darf es nicht geben.

### **Verteilungsgerechtigkeit? – Kein Thema!**

51 „Ungleichheit bekämpfen“. Das ist nicht etwa die Überschrift eines Papiers der  
52 GRÜNEN JUGEND. Nein, das ist die Überschrift eines Berichts über den Zustand der  
53 Wirtschaftspolitik vom Internationalen Währungsfonds, dem Gralshüter des

54 Kapitalismus. Man sollte also meinen, die Bekämpfung von Ungleichheit wäre ein  
55 zentraler Punkt, auf den man sich in den Sondierungen einigen konnte. Das ist  
56 aber nicht der Fall. Es spricht für sich, dass sogar der von allen Seiten  
57 geschätzte IWF die finanzpolitischen Ergebnissen der Sondierungen kritisiert.

58 Das Ergebnis der ersten Runde zu Haushalt, Steuern und Finanzen enttäuscht  
59 vollständig. Verteilungsgerechtigkeit spielt gar keine Rolle, eine stärkere  
60 Beteiligung von größeren Vermögen wurde bereits jetzt vom Verhandlungstisch  
61 genommen. Eine Vermögenssteuer und eine gestärkte Erbschaftssteuer, wichtige  
62 Instrumente zur Umverteilung, werden damit ausgeschlossen. Gleichzeitig soll der  
63 Soli abgeschmolzen werden. Das ist nicht nur haushaltspolitischer Wahnsinn,  
64 sondern auch für die Verteilungsfrage fatal. Den Solidaritätszuschlag  
65 abzuschaffen verschärft die Ungleichheit, statt sie zu verringern. Das oberste  
66 Ein-Prozent zahlt 28 Prozent des Solis. Sie würden im Schnitt um 12.600€ pro  
67 Person und Jahr entlastet. Die unteren 40% der Einkommensteuerzahler\*innen um  
68 8€. Die bisherigen Ergebnisse im Bereich Haushalt und Finanzen machen Jamaika  
69 also zu einer Koalition für die Reichen und Privilegierten. Steuergeschenke und  
70 die Kaputtsparpolitik der schwarzen Null werden höher gewichtet als dringend  
71 nötige Investitionen in unsere Infrastruktur. Das widerspricht grünen  
72 Grundsätzen und ist ein Verrat an unserer Zukunft.

### 73 **Ambitionierter Klimaschutz? Keine Einigung!**

74 Eine minimale Grundlage für eine ambitionierte Politik für Klima und Umwelt ist  
75 die Einhaltung der eigenen Klimaziele. Offensichtlich weigert sich die FDP mit  
76 der Klimaleugnerin Beer am Verhandlungstisch die bittere Realität anzuerkennen.  
77 Der Klimakrise ist schon jetzt spürbar. Wir sind die letzte Generation, die dem  
78 noch etwas entgegen setzen kann. Deswegen braucht es den Kohleausstieg. Der muss  
79 verbindlich sein und sofort mit wirksamen Maßnahmen beginnen. Deswegen braucht  
80 es eine ernsthafte Verkehrswende und einen Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor.  
81 Deswegen braucht es eine Landwirtschaft, die ohne industrielle Nutztierhaltung  
82 und giftige Chemikalien auf den Äckern. All das blockieren CDU, CSU und FDP. So  
83 wird Jamaika eine Koalition des klimapolitischen Stillstands, der  
84 Umweltzerstörung, von der außer verpesteter und heißer Luft nicht viel übrig  
85 bleibt.

### 86 **Menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik? Keine Einigung!**

87 CDU und CSU haben sich auf eine gemeinsame Linie in den Verhandlungen zum  
88 Themenbereich Flucht, Migration Asyl geeinigt. Das mag schon schwer gewesen  
89 sein. Das darf aber nicht heißen, dass dieses Papier nun Grundlage für die  
90 Sondierungen ist. Dieses Papier kennt nur ein Thema: Abschottung pur. CDU und  
91 CSU müssen sich klar machen, für eine menschenfeindliche Abschottungspolitik  
92 reden sie mit den falschen.

93 Völlig selbstverständlich darf die Aussetzung des Familiennachzugs nicht  
94 verlängert werden. Das ist unmenschlich, es zerreißt Familien und es erschwert  
95 Integration. Aber da hört die Giftliste der Union ja nicht auf. Vor allem die  
96 Abschiebezentren nach Heidelberger Vorbild haben in einem Rechtsstaat nichts  
97 verloren. Das erste was wir mit neu ankommenden Menschen machen wollen, ist sie  
98 einsperren? Auch die Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten auf  
99 den Maghreb ist für uns nicht tragbar. Der Maghreb ist für viele Menschen nicht  
100 sicher. Deswegen haben die grün-mitregierten Länder diese widerliche Aushöhlung  
101 des Asylrechts auch im Bundesrat blockiert. Mit dem was CDU und CSU hier vor  
102 haben wird das individuelle Grundrecht auf Asyl zerstört und nicht gestärkt.

103 Dass die Verhandlungen zu diesem Themenbereich ohne Ergebnis abgebrochen wurden,  
104 zeigt, dass hier wenige bis gar keine Schnittmengen vorhanden sind. Wie die  
105 Parteien hier ohne eine komplette Kehrtwende von CDU und CSU zusammenkommen  
106 wollen, ist vollkommen unklar. Fluchtursachenbekmpfung darf nicht Abschottung  
107 bedeuten. Stattdessen brauchen wir mehr humanitäre Hilfen und ein Verbot von  
108 Waffenexporten an diktatorische Regime.

### 109 **Solidarisches Europa? Floskeln ohne Substanz!**

110 Der bisherige Einigungstext zu Europa beschränkt sich auf Allgemeinplätze. Es  
111 ist der kleinste gemeinsame Nenner. Das Wichtigste fehlt für uns aber: Ein  
112 Richtungswechsel - ein deutliches Bekenntnis zur Solidarität in Europa. Zwar  
113 finden sich in den Punkten über die man noch reden will auch Spiegelstriche, die  
114 Europa solidarischer machen können. Aber in der wichtigen Einigung über die  
115 Präambel, also die Einigung über das gemeinsame Verständnis der europäischen  
116 Union taucht das nicht auf. ber eine gemeinsame Schuldenhaftung wird gleich gar  
117 nicht geredet. Wie Europa gerechter werden kann, zum Beispiel über eine  
118 europäische Arbeitslosenversicherung, auch darüber wird dem Papier zufolge nicht  
119 geredet werden. Dafür wird über die Zementierung des Fiskalpaktes diskutiert,  
120 die Grundlage für Schubles Daumenschrauben der letzten Jahre. Ein Ende der  
121 Austeritätspolitik ist nach diesem Papier nicht zu erwarten. Eine grüne  
122 Regierungsbeteiligung ohne eine fundamentale Wende, hin zu einer solidarischeren  
123 und demokratischeren Europapolitik, wäre jedoch unverantwortlich!

### 124 **Also alles im Lot auf dem Boot?**

125 Die Kreuzfahrt nach Jamaika beginnt mit hohem Wellengang. Sollte weiterhin kein  
126 Land bzw. jegliche Perspektive auf progressive Politik in Sicht sein, gilt für  
127 die GRÜNE JUGEND: Ohne inhaltliche Grundlage keine Koalitionsverhandlungen!

## **A6 Jahresabschluss 2016**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 05.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 6. Finanzen

128 Unter diesem Link findet ihr den Jahresabschluss  
129 <https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Jahresabschluss+2016/1ffc64f5-4eb5-48ce-b106-2040dcb39602>  
130

## **A7 Haushalt**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 05.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 6. Finanzen

131 Hier findet ihr den Haushalt:

132 [https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Haushalt+2018/faeb3370-c2a2-4c6c-](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Haushalt+2018/faeb3370-c2a2-4c6c-8162-ed423be919a0)  
133 [8162-ed423be919a0](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Haushalt+2018/faeb3370-c2a2-4c6c-8162-ed423be919a0)

**AP1-Beschluss Arbeitsprogramm 2018: Aufbruch wagen - Perspektiven schaffen!**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 11. Arbeitsprogramm

134 Das Ergebnis der Bundestagswahl war ein herber Rückschlag für progressive  
135 Kräfte. Mit der AfD sitzt eine offen rechtsextreme Partei im Bundestag und die  
136 bisher zwar ungenutzte, aber dennoch vorhandene, linke Mehrheit im Parlament  
137 existiert nicht mehr. Umso wichtiger ist es, dass wir nun alles in unserer Macht  
138 stehende tun, um den Rechtsruck zu stoppen. Dabei dürfen wir nicht bei der  
139 Verteidigung des Status Quo stehen bleiben, sondern müssen die  
140 gesellschaftlichen Verhältnisse, die ihn hervorbringen - zum Beispiel  
141 kapitalistische Ausbeutung und Ungleichheit, patriarchale Strukturen oder die  
142 gesamtgesellschaftliche Verankerung rassistischer und autoritärer Ideologien -  
143 angehen und wieder linke Mehrheiten schaffen, um die Verhältnisse zu verändern.  
144 Für uns ist klar, dass wir das nicht schaffen, indem wir uns rechten Thesen  
145 anbieten oder ihre Sprache übernehmen. Gleichzeitig wollen wir auch nicht  
146 einfach nur eine imaginäre Mitte der Gesellschaft ansprechen. Stattdessen gilt  
147 es, bestehende Widersprüche, wie zum Beispiel zwischen unserem Wirtschaftssystem  
148 und den Interessen von Mensch und Umwelt, klar anzusprechen und Position zu  
149 beziehen. Politik bedeutet für uns nicht einfach das zu vertreten, was gerade  
150 populär ist, sondern vernunftgeleitete und emanzipatorische Politik populär zu  
151 machen. Dafür müssen wir im nächsten Jahr Wege finden, um mehr Menschen für  
152 unsere ökologischen, solidarischen, weltoffenen und menschenrechtsorientierten  
153 Ideen gewinnen. Wir wollen junge Menschen politisieren und ihnen zeigen, dass  
154 die gesellschaftlichen Bedingungen veränderbar sind.  
155 Im Bundestagswahlkampf haben wir viele neue Menschen dazu gewonnen und sind als  
156 Verband nicht nur gewachsen, sondern auch schlagkräftiger geworden. Darauf gilt  
157 es nun aufzubauen. Das Ende der Bundestagswahl ist für uns ein Punkt, um uns  
158 gemeinsam zu fragen, wie wir dieses Potenzial in den nächsten Jahren nutzen  
159 wollen. Wie können wir unsere antifaschistischen Ziele in die politische Praxis  
160 übersetzen? Welche Rolle kann die GRÜNE JUGEND in einer linken Strategie gegen  
161 den Rechtsruck einnehmen? Wie können wir angesichts der schwierigen  
162 gesellschaftlichen Lage politische Utopien aufrecht erhalten und wieder für  
163 viele Menschen denkbar und zugänglich machen? Diese Fragen wollen wir unter dem  
164 Motto "Perspektiven schaffen" im nächsten Jahr in einer breit angelegten  
165 Strategiedebatte diskutieren. In diesem Prozess soll es darum gehen, Visionen  
166 für eine jung-grüne Politik zu formulieren und uns zu fragen, wie wir uns als  
167

168 Verband aufstellen müssen, um diese zu erreichen. Wir wollen möglichst vielen  
169 Menschen die Möglichkeit zu geben, sich an dieser Debatte zu beteiligen, deshalb  
170 findet der 50. Bundeskongress im Frühjahr 2018 als viertägiger  
171 Perspektivenkongress statt. Darum herum wollen wir diese Fragen auch in den  
Ortsgruppen und Landesverbänden diskutieren.

## 172 **1. Bildungsarbeit**

173 Auch in der Bildungsarbeit wollen wir aus den Erfahrungen des letzten Jahres  
174 lernen und die Arbeit verbessern. Im letzten Jahr wurden die Seminarkontingente  
175 zusammen mit verbindlichen Seminarterminen zu Beginn des Jahres vom  
176 Bildungsbeirat festgelegt. Das hat zu einer Planungssicherheit und Verbesserung  
177 des Projektmanagements geführt. Deshalb soll dieses Vorgehen im kommenden Jahr  
178 forgeföhrt und der Jahresplan auf der Bildungsbeiratssitzung im Dezember  
179 fesgelegt werden. Außerdem hat es sich bewährt Seminare mit einem höheren Budget  
180 als in den vergangenen Jahren anzubieten. Auch im nächsten Jahr wollen wir auf  
181 eine Steigerung der Qualität der einzelnen Seminare setzen und hohe  
182 Anmeldezahlen erreichen, statt zu viele Seminare mit wenig Teilnehmer\*innen  
183 zu organisieren.

### 184 Bildungsschwerpunkte

185 Im ersten Halbjahr werden wir uns passend zum Jahresmotto mit Visionen und  
186 Utopien güner Politik auseinandersetzen. Wie sieht ein ökologisches  
187 Verkehrskonzept der Zukunft aus und wie können wir die Digitalisierung so  
188 gestalten, dass sie Befreiung statt weitere Zwänge ermöglicht? Wie lassen sich  
189 weitreichende Visionen mit konkreten politischen Kämpfen verbinden? Welche  
190 Utopien haben die gesellschaftliche Linke und die Umweltbewegung historisch  
191 gesehen geprägt und angetrieben? Und welche Rolle spielen diese Utopien für  
192 unsere politische Arbeit heute? Im Rahmen dieses Schwerpunkts wollen wir auch im  
193 nächsten Jahr ein Schwerpunktseminar zum Thema 50 Jahre Studierendenbewegung und  
194 68er für 40 oder mehr Teilnehmer\*innen in Zusammenarbeit von Bildungsbeirat und  
195 Bundesvorstand organisieren.

196 Im zweiten Halbjahr wollen wir uns mit dem Thema "Globale Kämpfe -  
197 Umweltzerstörung und Ausbeutung global entgegentreten" beschäftigen. Die  
198 politische Lage ist geprägt von internationalen Krisen. Innerhalb dieses  
199 Halbjahresschwerpunkts wollen wir uns fragen, wie diese Krisen entstehen und  
200 zusammen hängen. Für uns ist dabei klar, dass wir die großen Fragen unserer Zeit  
201 nicht auf nationalstaatlicher Ebene lösen können. In diesem Halbjahr wollen wir  
202 uns damit beschäftigen, wie sich Umweltzerstörung und die Klimakrise global  
203 auswirken und welche Konsequenzen das für internationale Fluchtbewegungen hat.  
204 Außerdem wollen wir über globale Ausbeutung und Armut diskutieren, insbesondere  
205 darüber, wie diese mit der kapitalistischen Produktionsweise zusammenhängen und  
206 wie sie bestehende Machtverhältnisse zementieren. Ein wichtiges Ziel dieses  
207 Schwerpunktes ist es, den Kampf für Ökologie mit dem Einsatz gegen  
208 Ungerechtigkeit zusammen zu denken. Dabei soll der Fokus auch auf der Frage  
209 liegen, wie wir über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus politische  
210 Organisation ermöglichen können, um diesen Krisen zu begegnen.

211 Die Sommerakademie soll die beiden Halbjahresschwerpunkte miteinander verbinden.

212 Weiterhin soll es ein Seminar zu Protestkultur geben, bei dem die  
213 Teilnehmer\*innen sich mit Protestverhalten auf Demonstrationen und staatlicher  
214 Repression beschäftigen.

215 Neben den Angeboten auf Bundesebene soll es innerhalb der GRÜNEN JUGEND wieder  
216 verstärkt dezentrale Bildungsarbeit geben. Dafür wollen wir niedrigschwellige  
217 Angebote für Ortsgruppen schaffen, um möglichst viele Mitglieder an der  
218 Bildungsarbeit teil haben zu lassen. Zu diesem Zweck bieten wir als GRÜNE JUGEND  
219 Material für einen Lesekreis für Ortsgruppen an und greifen das Konzept der  
220 Basisseminare wieder auf.

#### 221 Methodenbildung

222 Im nächsten Jahr sollen wieder Methodenseminare für den Bildungsbeirat und die  
223 Landesvorstände stattfinden.

224 Außerdem soll das Juniortrainer\*innenprogramm in Zusammenarbeit mit Bündnis  
225 90/Die Grünen und der Heinrich-Böll-Stiftung neu aufgelegt werden. Die  
226 Teilnehmer\*innen erhalten eine einjährige Ausbildung, bei der sie zu  
227 Methodentrainer\*innen ausgebildet werden und anschließend selbst zu  
228 verschiedenen Themen Trainings in der Grünen Jugend abhalten können, wie z.B.  
229 oft benötigte Trainings zu Rhetorik oder Zeit- und Projektmanagement. Nach  
230 Abschluss des Projektes können wir so wieder auf einen Pool aus ausgebildeten  
231 Peer-to-peer-Trainer\*innen zurückgreifen, die qualitativ hochwertige  
232 Methodenbildung in den Verband tragen.

233 Um dem neuen Bundesvorstand in seinem Einstieg in die Arbeit zu unterstützen,  
234 soll es in der kommenden Amtsperiode ein Fortbildungsprogramm für den  
235 Bundesvorstand geben. Damit soll sichergestellt werden, dass alle  
236 Bundesvorstandsmitglieder, unabhängig von ihren Vorkenntnissen in diesem  
237 Bereich, die methodischen Fähigkeiten erlangen, um die Bundesvorstandsarbeit gut  
238 auszuführen. Diese methodische Fortbildung soll sich an den individuellen  
239 Vorkenntnissen und Bedürfnissen orientieren, und sich so teilweise an den  
240 Bundesvorstand als Gruppe und teilweise nur an Teile des Bundesvorstands  
241 richten. So soll z.B. ein Presse- und Öffentlichkeitstraining für die  
242 Bundessprecher\*innen stattfinden.

#### 243 **2. Öffentlichkeitsarbeit**

244 In diesem Jahr haben wir unter dem Motto "Ändern wir die Welt, bevor es andere  
245 tun!" die größte bisherige Kampagne der GRÜNEN JUGEND auf die Beine gestellt.  
246 Mehr als 120 Ortsgruppen haben sich daran beteiligt und mehrere hundert Aktive  
247 waren im Wahlkampf aktiv. Dieser Erfolg hat gezeigt, dass gute Kampagnen nicht  
248 nur unsere Inhalte auf die Straße tragen und neue Menschen erreichen, sondern  
249 auch zum Verbandsaufbau beitragen. Sie ermöglichen Austausch und Vernetzung  
250 zwischen den verschiedenen Ebenen des Verbandes und schaffen einen gemeinsamen  
251 Fokus. Die Kampagnenarbeit wird deshalb eine zentrale Rolle im nächsten Jahr  
252



253 einnehmen. Im Frühsommer 2018 soll es eine wahlkampfabhängige Kampagne der  
254 GRÜNEN JUGEND geben. Diese bietet uns die Möglichkeit, für unsere eigenständigen  
255 Inhalte zu werben. Gleichzeitig können wir unsere Kampagnenfähigkeit ausbauen.  
256 Dabei wollen wir vor allem die Ortsgruppen stärken, denn sie sind es, die vor  
257 Ort Menschen erreichen können. Darüber hinaus wollen wir die Zusammenarbeit der  
258 verschiedenen Ebenen (Ortsgruppen - Landesvorstände - Bundesvorstand) verbessern  
259 und die Stellung der Landesvorstände als Schnittstelle zwischen Orts- und  
260 Bundesebene intensivieren. Die Kampagne soll mit methodischen Kampagnenworkshops  
261 begleitet werden.

262 Damit einhergehend wollen wir die Pressearbeit der GRÜNEN JUGEND auf allen  
263 Ebenen professionalisieren. Denn gute Pressearbeit ist nicht nur auf Bundes-  
264 oder Landesebene wichtig. Gerade Lokalzeitungen bieten eine gute Möglichkeit,  
265 junge Menschen vor Ort auf die GRÜNE JUGEND aufmerksam zu machen. Deshalb wollen  
266 wir im nächsten Jahr nicht nur ein Pressecoaching für Landessprecher\*innen auf  
267 dem Methodenseminar anbieten, sondern auch gemeinsam mit den Landesvorständen  
268 Pressearbeitworkshops für Ortsgruppensprecher\*innen organisieren. Ebenfalls  
269 möchten wir die Social-Media-Arbeit insbesondere in den Ortsgruppen stärken. Zu  
270 diesem Zweck möchten wir einen Leitfaden für gute Social-Media-Arbeit - auch  
271 abseits von Facebook - entwickeln, eigene Konzepte entwickeln und in  
272 Zusammenarbeit mit den Landesverbänden Seminare anbieten, die die Aktiven in den  
273 Ortsgruppen im Umgang mit Social-Media schulen.

274 Diese Angebote bieten eine gute Grundlage und Vorbereitung für den  
275 Europawahlkampf. Im nächsten Jahr werden wir den Grundstein für diese Kampagne  
276 legen. Dabei wollen wir an die positiven Erfahrungen der Bundestagswahlkampagne  
277 anknüpfen, und Erfolgskonzepte wie die Fokussierung auf bestimmte Storys,  
278 Dezentralisierung oder Aktionspakete weiterführen und gleichzeitig aufbauend auf  
einer tiefgehenden Evaluation dieser Kampagne Verbesserungen vornehmen.

### 279 **3. Verbandsarbeit**

280 Im letzten Jahr haben wir unsere Kampagnenfähigkeit verbessert, viele neue Leute  
281 sind dazugekommen und wir haben uns als Verband weiterentwickelt. Wir wollen das  
282 entstandene Potenzial in den nächsten Monaten und Jahren nutzen, um unsere  
283 Kampagne als Start für einen Aufbruch zu verstehen, mit dem wir noch mehr  
284 Menschen für unsere Ideen begeistern können. Dafür müssen wir uns fragen, wie  
285 wir neuen Menschen eine Anlaufstelle bieten und sie politisieren können. Im  
286 letzten Jahr haben wir auf Dezentralisierung, Etablierung und Unterstützung der  
287 Ortsgruppen gesetzt und diese Strategie hat sich bewährt. Insbesondere die  
288 Stärkung der Ortsgruppen und die bessere Vernetzung der Ebenen untereinander  
289 wollen wir weiterverfolgen. Im nächsten Jahr sollen unsere aktuellen Strukturen  
290 zunächst evaluiert und dann den Bedürfnissen eines wachsenden Verbandes  
291 angepasst werden. Ziel dieses Prozesses ist es schlagkräftige Strukturen zu  
292 schaffen, die uns ermöglichen noch besser 1. Menschen anzusprechen und ihnen  
293 eine Anlaufstelle zu bieten, 2. sie zu politisieren und ihnen gute  
294 Bildungsangebote zu machen und 3. sie aktiv einzubinden. Wichtig ist dabei, dass  
295 Dezentralisierung nicht zu einem Verlust des gemeinsamen Fokus führen darf.  
296 Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen ausbauen. Zentral  
297

298 dafür ist, die Bundesvorstands-Landesvorstands-Sitzungen als einen Ort  
299 gemeinsamer Strategiebildung und -übermittlung zu nutzen. Außerdem soll ein  
300 erneutes Methodenseminar für die Landesvorstände dazu genutzt werden, sich  
301 tiefergehend mit der Verbandsentwicklung und der weiteren Verbesserung unserer  
302 Kampagnenarbeit auseinanderzusetzen.  
303 Akut ist es notwendig den neu dazugewonnenen Mitgliedern unsere Bildungsangebote  
304 aufzuzeigen, sie einzubinden und zu aktivieren. Dabei wollen wir insbesondere  
305 Ortsgruppen und Landesverbände unterstützen und auch in der Kommunikation und  
306 auf den Veranstaltungen des Bundesverbandes darauf achten, dass neue Mitglieder  
Anknüpfungspunkte finden und eingebunden werden.

## 307 Finanzen

308 Die Spendenstrategie soll stetig verbessert werden. Wir haben weiterhin die  
309 Möglichkeit, neue Spendenquellen zu erschließen und alte zum Sprudeln zu  
310 bringen. Diese Möglichkeit wollen wir im nächsten Jahr noch mehr nutzen. Das  
311 bedeutet auch, dass wir den Kontakt zu Alumnis, wie im letzten Jahr begonnen,  
312 suchen und halten wollen, um sie über die Arbeit der GRÜNEN JUGEND auf dem  
313 Laufenden zu halten und von Ihnen Unterstützung zu bekommen.

## 314 Gleichstellung und Förderung von Frauen, Inter und Trans

315 Vorderstes Ziel ist es im nächsten Jahr, die in diesem Jahr neu dazugekommenen  
316 weiblichen, Inter- und Trans-Mitglieder einzubinden, ihnen Möglichkeiten für  
317 einen niedrigschwelligen Einstieg in den Verband zu geben und selbst aktiv zu  
318 werden. Dafür soll ein etwa halbjähriges Förderprogramm für Frauen, Inter- und  
319 Transpersonen angeboten werden, das gerade Neueinsteiger\*innen abholt und ihnen  
320 einen Einstieg in feministische und andere für die Teilnehmenden besonders  
321 interessante Themen, methodische Weiterbildung und den Verband selbst gibt.  
322 Außerdem soll die Möglichkeit einer Vernetzung untereinander und zu "alten  
323 Häs\*innen" geschaffen werden. Ziel ist es, den Teilnehmer\*innen über das  
324 Programm hinaus Partizipationsmöglichkeiten in der Grünen Jugend aufzuzeigen,  
325 sie zu ermutigen, sich einzubringen und ihnen inhaltliche und methodische  
326 Grundlagen für Ihr Engagement in der Grünen Jugend mitzugeben.  
327 Das Angebot an Veranstaltungen, die nur für Frauen, Inter und Trans geöffnet  
328 sind, soll durch ein erneutes Weitersteiger\*innenseminar Ende 2018 verstetigt  
329 werden.

330 2018 soll ferner die Vernetzung der auf Landesebene für die Förderung von  
331 Frauen, Inter und Trans Zuständigen untereinander durch die Bundes-FITGPS weiter  
332 vorangetrieben und begleitet werden. Neben der Nutzung digitaler  
333 Kommunikationsstrukturen, sollen auch wieder vermehrt persönliche Treffen  
334 realisiert werden. So soll vor allem ein Austausch über die unterschiedlichen  
335 Strategien zur Förderung von Frauen, Inter und Trans in den Landesverbänden  
336 ermöglicht werden. Der Frauen, Inter, Trans und Genderrat soll im nächsten Jahr  
337 das Empowerment von Frauen, Inter und Trans in den Vordergrund seiner Arbeit  
338 stellen.

339 Wie in den Vorjahren soll auch 2018 Bündnisarbeit sowie die Mobilisierung zu  
340 queer-feministisch relevanten Aktionstagen eine Aufgabe des Bundesverbandes

341 sein. Ein besonderer Schwerpunkt soll hier auf den Gegendemos zum Marsch für das  
342 Leben, der voraussichtlich am 22.09.2018 stattfinden wird, liegen. Nennenswert  
343 sind außerdem etwa der Frauen\*kampftag am 8. März, der Equal Pay Day am 18. März  
344 und der IDAHOBIT am 17. Mai. Hier soll zu Aktionen und Demos mobilisiert und  
345 mithilfe von Öffentlichkeitsarbeit Stellung bezogen werden.

## 346 SPUNK

347 Die SPUNK-Redaktion setzt sich im nächsten Jahr mit der Weiterentwicklung seiner  
348 Formate auseinander und bemüht sich darum das Erscheinen von Artikeln zu  
349 verstetigen. Ziel des nächsten Jahres ist insbesondere die Reichweite des SPUNKs  
350 als Diskussionsplattform zu erhöhen und noch mehr Menschen die Möglichkeit zu  
351 geben an diesen Diskussionen teilzuhaben.

352 Die Bildungsschwerpunkte des nächsten Jahres sollen vom SPUNK ausführlich  
353 begleitet werden, z.B. mit Hilfe von Artikelserien. Zum 50. Jubiläum des  
354 Bundeskongresses soll die SPUNK-Redaktion außerdem eine Sonder-Printausgabe zum  
355 Thema Utopien und Visionen konzipieren.

356 Neben tagesaktuellen Artikeln und den Themenschwerpunkten zu den  
357 Bildungsschwerpunkten, sollen weitere Themenschwerpunkte z.B. zu den Bereichen  
358 Digitalisierung und Teilhabe & Chancen umgesetzt werden.

## 359 Internationales

360 In den letzten Jahren hat sich die internationale Arbeit der GRÜNEN JUGEND  
361 weiter entwickelt. Gerade hinsichtlich internationaler Bildungsarbeit soll daher  
362 evaluiert werden welchen Zweck sie für die GRÜNE JUGEND erfüllen sollte und kann  
363 und wie die Vor- und Nachbereitung internationaler Projekte noch besser  
364 funktionieren kann. Im Zuge internationaler Bildungsarbeit ist für 2018 ein  
365 Projekt mit Jungen Grünen England & Wales zu Klimakrise und Feminismus geplant.  
366 Darüber hinaus soll das Konzept interregionaler Kooperationen weiter  
367 ausgearbeitet werden. Dafür soll die Internationale Koordination auch auf  
368 Landesverbände zugehen - zum einen, um sie besser über die internationale Arbeit  
369 zu informieren, aber auch um sie in diese besser einbinden zu können, um die  
370 Prozesse der Internationalen Koordination verständlicher und zugänglicher zu  
371 machen.

372 Zur Verbesserung des Informationsflusses internationaler Arbeit in den Verband  
373 sollen die bei internationalen Organisationen aktiven Mitglieder stärker  
374 untereinander vernetzt werden. Außerdem soll die Internationale Koordination den  
375 "International Guide" inhaltlich aktualisieren und an das neue Corporate Design  
376 anzupassen.

377 Hinsichtlich der Kooperation mit anderen Organisation soll der  
378 Restrukturierungsprozess bei den Globalen Jungen Grünen weiterhin aktiv  
379 unterstützt werden. Die GRÜNE JUGEND wird sich, soweit möglich, in die  
380 Vorbereitung der Europawahlkampagne der jungeuropäischen Grünen einbringen und  
381 sich dabei weiter um die Zusammenarbeit mit anderen junggrünen Organisationen  
382 bemühen.

## 383 4. Bündnisarbeit

384 Insbesondere in Zeiten des Umbruchs ist es wichtig, eine gesamtgesellschaftlich  
385 linke Perspektive zu entwickeln. Dazu leistet die Bündnisarbeit einen  
386 entscheidenden Beitrag. Bereits bestehende Bündnisse sollen im kommenden Jahr  
387 ausgebaut und verstetigt werden. In der Klimabewegung haben wir im letzten Jahr  
388 starke Bündnispartner\*innen im Kampf gegen die Klimakatastrophe gewonnen. Wir  
389 werden uns wie im letzten Jahr an den Protesten gegen den dreckigen Kohleabbau,  
390 auch im Rahmen von Ende Gelände, beteiligen. Im "What the fuck"-Bündnis haben  
391 wir für körperliche und sexuelle Selbstbestimmung gekämpft. In diesen und  
392 weiteren Bündnissen wollen wir uns im kommenden Jahr stark machen.  
393 Gleichzeitig wollen wir aber auch neue Bündnisse eingehen und neue  
394 Bündnispartner\*innen gewinnen. Dabei wollen wir besonders im Kampf gegen Nazis  
395 und Faschismus noch stärker präsent sein und werden uns daher insbesondere im  
396 Kampf gegen den "Tag der Deutschen Zukunft" aktiv um Bündnisse bemühen und  
397 versuchen, diese dauerhaft zu etablieren. Des Weiteren wollen wir an Bündnissen  
398 schmieden, die sich gegen Strafrechtsverschärfungen und den Ausbau von  
399 Überwachungs- und Repressionsmechanismen einsetzen, um auch gegen autoritäre  
400 Tendenzen zu kämpfen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **V1-Beschluss Die Hälfte der Macht den Frauen\* -auch in Grüner Regierungsbeteiligung**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

401 Im letzten Jahr hat Bündnis 90/Die Grünen das 30-jährige Jubiläum des Grünen  
402 Frauenstatus gefeiert. Feminismus und der Kampf für gleiche Rechte sind  
403 Gründungsprinzip der Grünen und Säule grüner Programmatik. An dem Frauenanteil  
404 der für die Grünen in den Bundestag eingezogenen Abgeordneten (58 %) zeigt sich,  
405 dass Instrumente wie die Frauenquote funktionieren, um die Gleichstellung und  
406 Repräsentanz in Parlamenten voranzutreiben. Bei einem abnehmenden Frauenanteil  
407 im gesamten Bundestag - nach der Bundestagswahl so niedrig wie seit 1998 nicht  
408 mehr - zeigt sich einmal mehr, dass die Repräsentanz von Frauen\* in der Politik  
409 ab- statt zunimmt. Hier wird deutlich, was auch für die gesamte Gesellschaft  
410 gilt: Patriarchale Machtverhältnisse sind noch lange nicht zerschlagen. Der  
411 gesellschaftliche Rechtsruck führt gleichzeitig dazu, dass Rechte, die vor allem  
412 Frauen\* betreffen, wie z.B. sexuelle Selbstbestimmung, mit neuer Intensität  
413 angegriffen und eingeschränkt werden. Deshalb gilt es heutzutage besonders,  
414 nicht hinter unseren emanzipatorischen Ansprüchen zurückzubleiben.  
415 Für uns als GRÜNE JUGEND steht fest: Die Hälfte der Macht den Frauen\*! Dieser  
416 Grundsatz sollte für die Grüne Partei selbstverständlich sein und wir werden sie  
417 immer wieder daran erinnern. Das bedeutet, dass es im Falle einer Grünen  
418 Regierungsbeteiligung unter 50 % Frauen\*anteil nicht geht! Mindestens die Hälfte  
419 der Minister\*innen und auch Staatssekretär\*innen, genauso wie der  
420 Fraktionsvorsitzenden und des Fraktionsvorstands, müssen Frauen\* sein. Das ist  
421 eine klare Voraussetzung für jede Grüne Regierungsbeteiligung.

## **V5-Beschluss Nein zu jedem Antisemitismus!**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

432 Angriffe auf offener Straße, Hate Speech im Netz, Bedrohungen und Hetze überall  
433 – Jüdinnen\*Juden in Deutschland wägen jeden Tag ab, ob sie offen als Jüdin\*Jude  
434 auftreten, mit Kippot das Haus verlassen oder unbesorgt eine Synagoge besuchen  
435 können. Antisemitismus ist dabei kein Vorurteil, sondern eine welterklärende  
436 Verschwörungsideologie, die alles Übel in Juden\*Jüdinnen und in ihrer  
437 Vernichtung die Befreiung vom Bösen sieht. Antisemitische Einstellungen sind  
438 quer durch alle Teile der Gesellschaft zu finden und prägen den Alltag der  
439 Betroffenen – aber Antisemitismus ist nicht das Problem der

440 Jüdinnen\*Juden, sondern geht uns alle an.

441 Der zweite Unabhängige Expert\*innenkreis Antisemitismus (UEA) des Bundestages  
442 veröffentlichte im April seinen Bericht und beschrieb darin realpolitische  
443 Handlungsaufträge, die es umzusetzen gilt. Auch wenn die Bundesregierung im  
444 September mit der Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA nun immerhin eine  
445 ausformulierte Vorstellung davon hat, wogegen überhaupt gekämpft werden soll,  
446 reicht das noch lange nicht aus.

447 Daher schließen wir uns dem UEA an und fordern die Schaffung eines\*einer  
448 Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, die Verstetigung eines  
449 unabhängigen Expert\*innenkreises und die Einrichtung einer Bund-Länder-  
450 Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus.

451 Ebenso nötig ist eine konsequente Erfassung und Verfolgung antisemitischer  
452 Straftaten abseits der ohnehin problematischen polizeilichen ‚Politisch  
453 motivierten Kriminalitätsstatistiken‘. Auch muss die Förderung von  
454 zivilgesellschaftlichen Projekten zur Antisemitismusprävention sowie zur  
455 Unterstützung Betroffener verbessert werden.

456 Wir fordern Bündnis 90/ Die Grünen und die Grüne Bundestagsfraktion auf, sich  
457 für diese Anliegen einzusetzen.

458 Es gilt sich insbesondere nach dem Einzug der AfD zu positionieren: Jede Form

459 des Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden!

460 So treibt auch die Kampagne „Boycott, Divestments, Sanctions“ (BDS) im ganzen  
461 Bundesgebiet ihr Unwesen. Sie ist in ihrer Gesamtheit als antisemitisch,  
462 israelfeindlich, reaktionär und antiaufklärerisch zu bewerten. Die in ihr und  
463 durch sie vertretenen Positionen und Forderungen delegitimieren und dämonisieren  
464 Israel und weisen damit einseitig Jüdinnen\*Juden die Schuld für jegliche Übel in  
465 der Region zu. Und das obwohl Israel dort die einzige rechtsstaatliche  
466 Demokratie ist. Zeitgleich werden doppelte Standards an Israel angelegt, wenn  
467 zum Beispiel Verbrechen der Hamas ignoriert oder verharmlost werden. Durch die  
468 Forderung nach einem Boykott wird weiter die aus dem Nationalsozialismus  
469 bekannte Parole „Kauft nicht bei Juden“ reproduziert.

470 Deshalb positionieren wir uns klar gegen alle Bestrebungen der BDS-Kampagne und  
471 führen Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um die Durchsetzung der  
472 Forderungen nach Boykott, Desinvestment und Sanktionen zu verhindern.

473 Auch eine Zusammenarbeit mit der BDS-Kampagne ist abzulehnen. Ebenso lehnen wir  
474 eine Unterstützung von Organisationen ab, die sich zur BDS-Kampagne bekennen,  
475 sowie eine (Mit-) Ausrichtung von Veranstaltungen, bei denen BDS-Positionen  
476 vertreten werden. □Wir fordern Bündnis 90/ Die Grünen, Campusgrün und die Grünen  
477 nahen Stiftungen (Heinrich-Böll-Stiftung und Petra-Kelly-Stiftung) auf, sich  
478 dieser Position anzuschließen.

### **Begründung**

erfolgt mündlich.

## **V6-Beschluss Klimagerechtigkeit auf allen Ebenen - Jetzt handeln !**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

511 Die Klimaveränderungen wie bsp. Temperaturanstieg, Meeresspiegelanstieg und  
512 Versauerung der Meere sowie Extremwetterereignisse führen zu weitreichenden  
513 Problemen weltweit: Beispielsweise ist seit mehreren Jahren eine Zunahme an  
514 Extremwetterereignissen zu verzeichnen, wie an Ereignissen wie den Hurrikanes  
515 Harvey in Texas und Irma in Florida, starken Überschwemmungen und Erdbeben in  
516 Norditalien, sowie den längsten Dürren seit 100 Jahren im Süden und Osten  
517 Afrikas erkennbar ist.

518 Die Forscher sind sich einig, dass diese extremen Wetter-Vorkommnisse die ersten  
519 Anzeichen der Klimakrise sind, und sie werden in den kommenden Jahrzehnten immer  
520 häufiger. Die Klimakrise wird zu einer der zentralen gesellschaftlich-politischen  
521 Herausforderungen unserer Zeit: Menschen verlieren ihre komplette  
522 Lebensgrundlage: Ernte, Häuser und Jobs. Ihre Dörfer werden weggeschwemmt,  
523 Völker verdrängt, Menschen müssen fliehen, um ihre Existenz zu sichern. Die  
524 Klimakrise trifft vor allem jetzt schon marginalisierte Menschen am meisten und  
525 hängt sie immer weiter ab: Klimawandel verstärkt existierende Ungleichheiten.  
526 Die Krise wird die Schere zwischen Arm und Reich, globalem Norden und Süden,  
527 aber auch innerhalb von Staaten und Regionen, noch mehr verstärken: Die am  
528 wenigsten zum Klimawandel beitragen, leiden am meisten. Laut Oxfam tragen die  
529 ärmeren 50% der Weltbevölkerung nur 10% zum Klimawandel bei - die reichsten 10%  
530 hingegen 50%. Ein solches Gefälle in der Verursachung existiert beispielsweise  
531 entlang gesellschaftlicher Klassen, ethnischer Merkmale und geographisch,  
532 zwischen Norden und Süden. Die große Ungerechtigkeit ist, dass arme Menschen und  
533 arme Staaten sich nicht nur weniger schützen können - die ärmeren Regionen sind  
534 auch noch stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen. Lediglich China und  
535 Indien, die zu den größten Emittenten von Treibhausgasen gehören, fallen etwas  
536 aus der Reihe - sie gehören zu den am Stärksten betroffenen Staaten. Allerdings  
537 liegen die Pro-Kopf-Emissionen in Indien und China weiterhin deutlich unter den  
538 Pro-Kopf-Emissionen der meisten Länder des globalen Nordens, weshalb die Höhe  
539 der absoluten Emissionen aus Klimagerechtigkeitsperspektive differenziert  
540 beachtet werden muss. So liegt der aktuelle CO<sub>2</sub>-Ausstoß Pro-Kopf in Deutschland  
541 bei ca 9 t/Jahr. Zusammen mit der historischen Verantwortung Deutschlands müsste  
542 sich Deutschland aus einer Gerechtigkeitsperspektive verpflichten, bis 2035  
543 klimaneutral zu werden, um das Ziel einer Begrenzung des Temperaturanstiegs um  
544



545 deutlich unter zwei Grad zu gewährleisten. Zur Zeit hat sich Deutschland  
546 allerdings das Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu werden, was aus einer  
547 Gerechtigkeitsperspektive als kein ehrgeiziges Ziel angesehen werden kann. Somit  
548 sind wir zur Zeit bei den Verantwortlichkeiten zum Klimaschutz weit von  
Gerechtigkeit entfernt.

549 All dies zeigt, dass die Klimakrise eine Frage von globaler und lokaler  
550 Gerechtigkeit ist, die wir nicht vergessen dürfen, wenn wir über die 1,5 - 2°C  
551 Grenzen der Erwärmung debattieren. Es zeigt aber auch die weiten Facetten der  
552 Klimakrise: es betrifft genauso Feminismus, Gesundheit, Landwirtschaft wie Asyl-  
553 und Geflüchtetenpolitik.

### 554 **Auswirkungen der Klimakrise auf Deutschland**

555 Die Klimakrise ist ein globales Phänomen, macht sich allerdings auch in  
556 Deutschland jetzt schon bemerkbar.

557 Durch den von der Klimakrise verursachten Temperaturanstieg in der Luft  
558 verdunstet mehr Wasser. Daher befindet sich mehr Wasserdampf als vorher in der  
559 Atmosphäre, welcher Gewitter begünstigt. Auch das Zusammentreffen von immer  
560 wärmeren Luftmassen auf kalte Luftmassen führt zu mehr Gewittern. Daher wird es  
561 in Zukunft häufiger zu extremen Wetterlagen wie Starkregen, Orkanen und Stürmen  
562 in Deutschland kommen. Hitzewellen und trockene Perioden nehmen außerdem im  
563 Sommer durch den Temperaturanstieg zu. Dies zieht Folgen für die  
564 landwirtschaftliche Produktion, sowie für die Gesundheit des Menschen mit sich.  
565 Auch in den höheren Lagen Deutschlands sind durch den von der Klimakrise  
566 verursachten Temperaturanstieg Auswirkungen zu spüren: Die Eis- und Schneemassen  
567 und Gletscher in den Alpen schmelzen mit der Zeit ab. Dies hat auch soziale  
568 Auswirkungen: Durch Einbußen im Tourismus könnten tausende Menschen ihren Job  
569 verlieren. Außerdem wird das Schmelzwasser zunächst zu erhöhten Flusspegeln und  
570 Überschwemmungen führen. Nach dem Abschmelzen der Gletscher werden Flüsse im  
571 Sommer weniger Wasser führen, was dazu führt, dass in ganzen Regionen das  
572 Trinkwasser knapp wird.

573 Zudem steigt die Temperatur der Nordsee an und bestimmte Fischarten wandern in  
574 kältere Regionen ab. Auch auf die Ostsee hat die Klimakrise Auswirkungen:  
575 Beispielsweise nimmt der Salzgehalt in der Ostsee durch erhöhte Niederschläge  
576 ab, was eine Bedrohung für Arten bedeutet, die auf einen bestimmten Salzgehalt  
577 angewiesen sind. Durch das Abwandern oder Sterben von Arten kann es unter  
578 anderem zu Einbußen im Fischfang und zur Abnahme der Artenvielfalt in der Region  
579 kommen. Die Auswirkungen der Klimakrise in Deutschland sind jetzt schon zu spüren  
580 - für die Ökosysteme und somit auch für die Menschen. Die Folgen der Klimakrise  
581 auf Ökosysteme sind sehr schlecht vorhersehbar oder berechenbar. Nicht nur  
582 deshalb sind Eingriffe in Ökosysteme immer kritisch. Welche weiteren Folgen dies  
583 mit sich bringt und in welchem Ausmaß Schäden und Kosten in Deutschland und

584 global entstehen sind lange noch nicht absehbar. Fest steht allerdings, dass die  
585 Kosten von kombinierten Klimaschutzmaßnahmen (Mitigation, Adaptation,  
586 Loss&Damage) zur Begrenzung der Klimakrise auf unter 2°C deutlich unter  
587 zukünftigen Kosten einer reinen Anpassung an eine ungebremste Klimakrise liegen  
588 werden.

589 Stattdessen muss der Bund von Wirtschaftszweigen wie der Automobil- und  
590 Kohleindustrie, die zum Klimawandel beitragen, fordern, dass diese ausreichende  
591 Reserven beiseite legen, um den vom Klimawandel Betroffenen zu helfen. Ähnliches  
592 gilt auch für dauerhafte Umweltschäden. Wenn es 300 Jahre dauert, bis ein  
593 Kohletagebau renaturiert ist, muss abgesichert sein, dass alle Folgekosten von  
594 der Industrie ,gemäß des Verursacher\*innenprinzips, gezahlt werden können. Kann  
595 nicht garantiert werden, dass ein neuer Tagebau so viel Gewinn abwirft, dass die  
596 Folgekosten komplett abgedeckt werden können, darf er nicht eröffnet werden.

### 597 **Klima und Gesundheit**

598 Die Klimakrise hat neben vielen Auswirkungen, beispielsweise in den Bereichen  
599 Landwirtschaft und Ernährung, auch starke Auswirkungen aus gesundheitlicher  
600 Perspektive. So wird durch eine Erhöhung der Durchschnittstemperaturen die  
601 Verbreitung verschiedener Krankheiten begünstigt, unter anderem durch die  
602 geographische Ausbreitung von verschiedenen Vektoren wie Moskitos, die Dengue  
603 Fieber oder Malaria übertragen. Darüber hinaus werden die erwarteten häufigeren  
604 thermischen Extreme wie Hitzewellen dazu führen, dass vor allem sehr junge und  
605 alte Menschen sowie gesundheitlich angeschlagene Menschen unter diesen  
606 thermischen Extremen leiden werden und eine Zunahme an Herz-Kreislauf- und  
607 Atemwegserkrankungen sowie eine Zunahme an Todesfällen erwartet wird. Auch eine  
608 Zunahme und zunehmende Intensität an Extremwetterereignissen wie  
609 Überschwemmungen und Stürmen führen zu gesundheitlichen Problemen: Auf der einen  
610 Seite werden Menschen durch die direkten Auswirkungen dieser Ereignisse  
611 gefährdet, andererseits bedrohen diese Ereignisse die Infrastruktur des  
612 Gesundheitswesens, wie beispielsweise Krankenhäuser. Außerdem führen verschiedene  
613 Auswirkungen des Klimawandels indirekt zu Gesundheitsbeeinträchtigungen, wie  
614 beispielsweise durch zurückgehende Nahrungsmittelverfügbarkeit begründete  
615 Mangelernährung von Menschen und Erkrankungen durch Wasserknappheit.

616 Die Quellen von Treibhausgasen stoßen oft auch andere gesundheitsschädliche  
617 Stoffe aus. So stoßen besonders Dieselmotoren und Kohlekraftwerke große Mengen an  
618 gesundheitsschädlichem Feinstaub und Stickoxiden aus. Nach wissenschaftlichen  
619 Schätzungen sterben pro Jahr in Europa 430.000 Menschen an Feinstaub, dabei  
620 gehen auf das Diesel-Konto 10.000 Tote, auf das Konto der Kohle alleine in  
621 Deutschland 3000 Tote pro Jahr. Ganz abgesehen von den vielen nicht tödlichen  
622 Erkrankungen. Kinder sind wegen ihrer noch nicht weit entwickelten Lunge  
623 besonders gefährdet. Ärmere Menschen sind stärker betroffen, weil sie in den  
624 betroffenen Gebieten mit hoher Schadstoffbelastung wohnen. Unter einem Mangel an  
625

626 Ökologie leiden die Verletzlichen, die Schwachen, die Armen am Meisten. Diese  
Gesundheitsbelastung fiele mit der Energiewende in allen Sektoren weg.

### 627 **Klimakrise und Ernährung**

628 Die Auswirkungen der Klimakrise sind schon jetzt am stärksten in Ländern des  
629 globalen Südens zu spüren. Hier führen extreme und lang anhaltende Dürreperioden  
630 zur Austrocknung von Böden. Winderosion durch Stürme und Orkane und  
631 Starkregenereignisse führen zur Abtragung von den nährstoffreichen oberen  
632 Bodenschichten. Da Böden die Grundlage zur Lebensmittelproduktion darstellen und  
633 trockene, nährstoffarme Böden schlecht bis gar nicht bewirtschaftet werden  
634 können, sind Menschen in diesen Gebieten von Hungersnöten geplagt. Jetzt schon  
635 sterben tausende Menschen an Unterernährung und den Auswirkungen von  
636 Extremwetterereignissen. Für eine Klimagerechtigkeit gilt es die Ursachen der  
637 Klimakrise zu bekämpfen, aber auch den Regionen Gelder zur Anpassung zur  
638 Verfügung zu stellen, die von den Folgen betroffen sind.

639 Landwirtschaft ist vollständig vom Klimasystem abhängig: Kulturen und Nutztiere  
640 reagieren schon jetzt sehr empfindlich auf geringe klimatische Veränderungen.  
641 Vor allem in den Ländern des globalen Südens ist die Wirtschaft und somit die  
642 Existenzsicherung der einzelnen Menschen von Landwirtschaft abhängig. Sie werden  
643 die Auswirkungen der Klimakrise am stärksten spüren. Dazu gehören die  
644 Veränderungen des Pflanzenwachstums, Verbreitung von Schädlingen und  
645 Krankheiten, erhöhte Hitzestressbelastungen, Änderungen der Niederschlagsmuster,  
646 größere Auswaschung von Nährstoffen aus dem Boden und vieles mehr. Landwirtschaft  
647 ist untrennbar mit der Erfüllung der Menschenrechte verbunden, einschließlich  
648 des Rechts auf Selbstbestimmung, Nahrung usw. Die Landwirtschaft und die damit  
649 verbundenen Prozesse hängen nicht nur unmittelbar von einem sich wandelnden  
650 Klima ab, sondern tragen auch maßgeblich zur Klimakrise bei. Vor allem der  
651 Übergang von traditionellen kleinbäuerlichen Techniken zu intensiven  
652 Großsystemen hat viele gravierende Folgen. Landnutzungsänderungen,  
653 Überschwemmungsgebiete für die Reis- und Zuckerrohrproduktion, Verbrennung von  
654 Ernterückständen, die Aufzucht von Wiederkäuern und die Verwendung von  
655 Stickstoffdüngern sind Beispiele für landwirtschaftliche Aktivitäten, die  
656 Treibhausgase in die Atmosphäre freisetzen und zur Wüstenbildung und  
657 Landdegradation beitragen.

658 Die zunehmend unhaltbaren Methoden der intensiven Landwirtschaft, Viehzucht und  
659 Fischerei führen zu Luftverschmutzung und Erosion von Nahrungsmitteln und  
660 Wasser, die in der Folge zur Klimakrise und zur Ernährungssicherheit beitragen.  
661 Wir streiten weiter für ein sofortiges Ende solcher intensiven  
662 landwirtschaftlichen Monokulturen und eine landwirtschaftliche Transition hin zu  
663 kleineren Betrieben und umweltschonenden Praktiken.

### 664 **Klima und Geflüchtete**

665 Die Klimakrise wird dafür sorgen, dass Millionen Menschen ihr Zuhause verlassen  
666 müssen. Sie fliehen vor den Folgen, die durch die Klimakrise hervorgerufenen  
667 werden. Klima Induzierte Flucht bzw. Migration ist jedoch in keiner bisherigen  
668 legalen Übereinkunft anerkannt. Dennoch rückt das Thema langsam, aber sicher,  
669 auch auf die internationale Agenda.

670 Es gibt Stimmen, laut denen „Klimaflüchtlinge“ als solche nicht existieren, denn  
671 die Folgen der Flucht können nie alleine auf die Folgen der Klimakrise  
672 zurückgeführt werden. So werden Menschen, die aufgrund des Hurrikans „Katrina“  
673 in den USA evakuiert werden mussten, oft als die ersten Klimaflüchtlinge im  
674 Globalen Norden bezeichnet. Ob der Hurrikane aber aufgrund der Klimakrise so  
675 stark wurde kann nicht gesichert ausgesagt werden – fest steht nur, dass es  
676 immer mehr immer stärkere Hurrikane geben wird. Dem steht folgendes entgegen:  
677 Wir wissen, dass aufgrund der Klimakrise der Meeresspiegel ansteigen wird und  
678 Menschen auf tiefer gelegenen Inseln oder in Küstenregionen, wo ein großer Teil  
679 der Weltbevölkerung lebt, diese verlassen müssen. Wir wissen beispielsweise  
680 auch, dass bestimmte Weltregionen unbewohnbar werden, oder dass sich  
681 Vegetationszonen so verschieben, dass Landwirtschaft nicht einmal mehr zur  
682 Selbstversorgung betrieben werden kann.

683 Wir fordern daher ein internationales, legal verbindliches Rahmenwerk, dass  
684 substantielle Rechte für Menschen, die aufgrund des Klimawandels fliehen müssen  
685 anerkennt und sichert. Ebenso wollen wir durch dieses legal verbindliche  
686 Rahmenwerk Staaten in die Verantwortung nehmen, die rechtliche Definition von  
687 Fluchtgründen zu erweitern, damit durch die Folgen der Klimakrise Geflohene auch  
688 als Flüchtlinge anerkannt werden. In diesem Rahmen fordert die GRÜNE JUGEND  
689 auch, dass es ein Recht auf permanenten Aufenthalt für Klimaflüchtlinge geben  
690 werden muss, wenn deren Zuhause unwiderruflich verloren geht. In der Folge  
691 bedeutet dies auch die Bereitstellung humanitärer Visa zum Schutz von  
692 Klimaflüchtlingen.

693 Zudem hat Klimaflucht eine geschlechtsspezifische Komponente. Bei klimabedingter  
694 Migration und Flucht kommt es häufig dazu, dass Männer den Herkunftsort  
695 verlassen, um Zuflucht in einer anderen Region oder einem anderen Land zu  
696 suchen, während Frauen\* zurückbleiben. Ist dies der Fall, müssen Frauen\*  
697 Aufgaben übernehmen, die vorher traditionell in der Hand von Männern lagen - sie  
698 haben jedoch weder rechtliche noch finanzielle und technische Ressourcen, dies  
699 zu tun, was beispielsweise im Fall von Eigentumsrechten zu erheblichen Problemen  
700 führt. Frauen\* sind damit in Situationen der klimabedingten Migration um einiges  
701 verletzlicher als Männer: Insbesondere wenn es ihnen aufgrund von  
702 Verpflichtungen in der Care-Arbeit nicht möglich ist, eine bezahlte Arbeit zu zu  
703 erlangen, sind sie einem großen sozialen und ökonomischen Risiko ausgesetzt. Sie  
704 sind so häufig Menschenrechtsverletzungen, unzureichendem Lohn und unzumutbaren  
705 Arbeitsbedingungen sowie sexueller Gewalt ausgesetzt.

706 Wir fordern daher, dass Entwicklungsprogramme die erhöhte Last, die auf Frauen\*  
707 im Falle von männlicher Migration liegt, anerkennen und gezielt bekämpfen. Dafür  
708 ist es notwendig, potentielle geschlechtsspezifische Gründe für klimabedingte  
709 Migration zu identifizieren und auszuwerten. Auch die Rolle von Remissen sollte  
710 besser erforscht werden, um zu bestimmen, ob Remissen in der Lage sind,  
711 Klimaanpassungen von im Herkunftsort zurückgebliebenen Familien zu verbessern.

712 Die scheidende Bundesregierung sprach davon, dass "die Fluchtursachen bekämpft  
713 werden müssen" - tatsächlich werden nicht nur weiter Waffen an Kriegsführende  
714 Diktaturen verkauft, sondern die mit Abstand größte kommende Fluchtursache, der  
715 Klimawandel, angeheizt. Es gibt sehr unterschiedliche Schätzungen, wie viele  
716 Menschen in den nächsten Jahren wegen des Klimawandels fliehen müssen - aber ob  
717 sich die Zahl der Flüchtlinge insgesamt bis 2050 verfünffacht oder verzehnfacht,  
718 ist nicht von Belang. Fluchtursachen bekämpfen heißt Treibhausgase stoppen. So  
719 schnell wie möglich - nicht so schnell, wie angenehm.

### 720 **Klimagerechtigkeit und Feminismus**

721 Die Klimakrise ist ein soziales, ökonomisches und politisches Phänomen, welches  
722 starke Auswirkung auf Soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit hat.

723 Männer und Frauen\* erleben die Klimakrise auf eine unterschiedliche Art und  
724 Weise. Machtverhältnisse und eine sozial konstruierte Geschlechternormen  
725 schaffen Rechte, Rollenbilder und Kapazitäten von Männern und Frauen\*, die sich  
726 dann durch die Auswirkungen der Klimakrise besonders negativ auf Frauen\*  
727 ausfallen. Gleichzeitig sind Frauen\* aber noch nicht in politischen oder  
728 gesellschaftlichen Prozessen vertreten, die die Klimakrise nachhaltig  
729 bekämpfen. Wenn Genderaspekte nicht in der Bekämpfung der Klimakrise  
730 berücksichtigt werden, dann wird der Klimawandel bestehende  
731 Geschlechterungerechtigkeiten weiter verschärfen. Für uns ist klar: Durch die  
732 Berücksichtigung von Genderaspekten werden klimapolitische Maßnahmen effektiver.

733 Die internationalen Klimaverhandlungen zeigen, wie vorherrschend das  
734 patriarchalische System immer noch in internationaler Politik verankert ist: Vor  
735 den wichtigen Beschlüssen zum Paris Agreement lag die Frauenquote in den  
736 nationalen Delegationen bei ca. 35%, als allerdings die wichtigen 1,5 - 2 °C  
737 Begrenzungen während der COP21 getroffen wurden und der großer Vertrag  
738 unterschrieben wurde, waren Frauen\* in den Delegationen nur noch mit 16%  
739 repräsentiert. Dies ist ein Desaster, dass wir keinesfalls übersehen dürfen. Es  
740 darf nicht sein, dass wichtige Entscheidungen, zum Großteil von männlichen  
741 Personen getroffen werden und Frauen\* nur dann vermehrt in den Delegationen  
742 repräsentiert sind, wenn sie die schwierigen diplomatische Zwischenverhandlungen  
743 führen sollen.

744 Wir fordern eine Frauen\*-quote von 50% in allen Delegation, die durch Staaten,

745 akkreditierte Nichtregierungsorganisationen oder intergovernmentale  
746 Organisationen aufgestellt werden. Dies gilt insbesondere für die Leitungsebene  
747 dieser Delegationen.

748 Klima ist nicht männlich und darf niemals nur männlich gedacht werden.

### 749 **Beispiele zu Landwirtschaft:**

750 Wie schon im oberen Teil (Klimakrise und Ernährung) erläutert hat die  
751 Landwirtschaft einen besonderen Einfluss auf die Klimakrise, aber auch die  
752 Klimakrise auf die Landwirtschaft.

753 Die zentrale Bedeutung des Geschlechts in diesen Diskussionen ist angesichts der  
754 wichtigen und vielfältigen Rollen von Frauen\* in der Landwirtschaft  
755 unübersehbar. Mehr Frauen\* als Männer arbeiten im Agrarsektor und tragen  
756 wesentlich zur Kleinbauer\*innen-Subsistenzlandwirtschaft bei. Sie machen einen  
757 größeren Anteil als Männer in vielen Regionen, darunter Asien, Afrika südlich  
758 der Sahara, dem Mittleren Osten und Nordafrika im Agrarsektor aus. Zum Beispiel  
759 besagen Schätzungen, dass ländliche Frauen\* bis zu 80% der Nahrung in Afrika  
760 produzieren. Dies hat u.a. auch mit männlicher Migration und der Verlagerung von  
761 Produktionsrollen zu tun (mehr dazu im „Klima und Geflüchtete“ Teil). Angesichts  
762 dieser bedeutenden Beiträge zur Nahrungsmittelproduktion ist es beunruhigend,  
763 dass viele Frauen\* die Vorteile dieses Sektors nicht ernten. Nach Angaben der  
764 Weltbank betreiben Frauen\* in der Regel " kleinere Grundstücke und  
765 landwirtschaftlich weniger remunerative Kulturen". Dies hängt mit ihrem  
766 begrenzten Zugang zu landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und Möglichkeiten  
767 wie Land, Finanzdienstleistungen, Wasser, ländliche Infrastruktur, Technologie  
768 und Arbeit zusammen. Gesetzliche Bestimmungen beschränken oft die Eigentums- und  
769 Grundstücksrechte der Frauen und machen es ihnen schwer, Zugang zu Kredit- und  
770 Landwirtschaftsdiensten zu erhalten und gleichzeitig ihre Fähigkeit zur  
771 langfristigen Investition in die Landrehabilitation und Bodenqualität zu  
772 reduzieren.

773 Um die Ungerechtigkeiten zu bekämpfen fordern wir kulturelle und rechtliche  
774 Barrieren zu bekämpfen und Kanäle zu schaffen, die die Teilnahme an  
775 gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen ermöglichen. Des  
776 Weiteren fordern wir, alle Rechte von Frauen\* anzugleichen und den Zugang zu  
777 landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, Land, Wasser und Finanzleistungen zu  
778 garantieren. Es ist wichtig, Netzwerke für Frauen\* zu gründen, um gleiche  
779 Landrechte zu fordern und Frauengruppen zu unterstützen, die zusammenarbeiten,  
780 um Land zu kaufen. Angesichts der Schlüsselrolle, die Frauen\* in der  
781 Landwirtschaft spielen, ist es notwendig, dass geschlechtsspezifische Daten für  
782 mehr Länder und landwirtschaftliche Systeme verfügbar gemacht werden. Dies  
783 verstärkt die Anpassungsbemühungen durch die Bereitstellung lokaler  
784 Klimainformationen und die Verbesserung des meteorologischen und

785 klimatologischen Wissens.

786 **Beispiele zu Wäldern:**

787 Wälder spielen im Klimaschutz eine bedeutende Rolle, da sie als riesige  
788 Kohlenstoffspeicher 30% der Landoberfläche bedecken. Außerdem sind mehr als 300  
789 Millionen Menschen auf Wälder als Teil ihrer Lebensgrundlage angewiesen, sie  
790 haben neben ihrer ökologischen also auch eine enorme soziale Rolle.

791 Insbesondere in Bezug auf Nichtholzprodukte (beispielsweise Pflanzen und Tiere  
792 des Waldes) haben Frauen\* in der Agroforstwirtschaft eine große Bedeutung: Neben  
793 einkommensschaffenden Aufgaben wie das Sammeln von Waldmaterialien sind Frauen\*  
794 in vielen Regionen auch die Hauptschützerinnen\* von Wald und Biodiversität, da  
795 sie über umfangreiches Wissen über Arten und Nutzbarkeit der Pflanzen verfügen.  
796 Nichtsdestotrotz ist die große Bedeutung von Frauen\* in diesem Zusammenhang  
797 nahezu unsichtbar, insbesondere wenn es um Entscheidungsfindung auf politischer  
798 Ebene geht. Die Fachkenntnisse, über die Frauen\* in Bezug auf Forstwirtschaft,  
799 Biodiversität und Botanik verfügen, sind wesentlich im Kampf gegen Abholzung.  
800 Wir fordern, dass weibliche\* politische Teilhabe und Führung durch politisches  
801 Handeln unterstützt wird, das diese Kenntnisse anerkennt und Frauen\* in der  
802 Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Diskriminierung unterstützt.  
803 Partizipation von Frauen\* muss bei konsultativen Verfahren zum Einbezug lokaler  
804 Betroffener von Waldschutzmaßnahmen gewährleistet werden. Alle politischen  
805 Strategien, die in Verbindung zu Tropenwäldern stehen, müssen die Rolle der  
806 indigenen Bevölkerung in Bezug auf Waldschutz wahrnehmen und anerkennen - und  
807 dabei insbesondere die historische Rolle von Frauen\* - und volle Partizipation  
808 bei Entscheidungsprozessen muss gewährleistet werden.

809 *\*hiermit möchten wir darauf aufmerksam machen, dass nicht nur zwei Geschlechter*  
810 *existieren, die oben beschriebenen Problematiken aber vor allem Frauen\**  
811 *betreffen, damit schließen wir allerdings nicht aus, dass diese Problematiken*  
812 *nicht auch auf andere Geschlechter zutreffen*

813 **UN Klimaverhandlungen - Hier muss einiges besser laufen!**

814 Die diesjährigen Klimaverhandlungen sind die ersten, die unter der  
815 Präsidentschaft eines Inselstaates stattfinden wird. Gleichzeitig ist diese  
816 Klimakonferenz ein wichtiger Schritt bei der Entwicklung des Regelwerks des  
817 Pariser Klimavertrags und der Vorbereitung der Klimakonferenz nächstes Jahr in  
818 Polen. Schwerpunkte dieser Verhandlungsrunde werden Partizipation, Transparenz,  
819 der Umgang mit Klimafolgen, an die keine Anpassung möglich ist, der Aktionsplan  
820 zu Gendern sowie eine Steigerung der staatlichen Ambitionen im Bereich  
821 Emissionsreduktionen und Klimafinanzierung sein.

822 Hinsichtlich Partizipation fordern wir, dass die Verhandlungen offener für die  
823 unterschiedlichen Akteur\*innen gestaltet werden und die zunehmende Trennung  
824 zwischen Verhandler\*innen und Vertreter\*innen nichtstaatlicher Organisationen  
825 aufgehoben wird. Wir begrüßen, dass nun auch Vertreter\*innen, die über 16 Jahre  
826 alt sind, an den Klimaverhandlungen teilnehmen können. Allerdings fordern wir  
827 eine deutlich höhere Beteiligung junger Menschen sowie eine Vertretung  
828 zukünftiger Generationen am Verhandlungstisch, da diese die Folgen der  
829 Klimakrise am stärksten treffen wird. Gleichzeitig fordert die GRÜNE JUGEND eine  
830 Aktualisierung des "Beobachterstatus". Gerade private Unternehmen, deren  
831 Geschäftsmodell eng an die Extraktion oder Verbrennung fossiler Rohstoffe  
832 geknüpft ist, sollten keine Möglichkeit besitzen ihre große strukturelle Macht  
833 zu nutzen. Sie - und bei ihnen in höheren Ebenen Beschäftigte - gehören von den  
834 Verhandlungen ausgeschlossen, auch als Berater\*innen von staatlichen  
835 Delegationen.

836 Für die Transparenzrahmenwerke unter dem Pariser Klimaabkommen müssen die  
837 Richtlinien, welche entwickelt werden, auf die bisherigen Modelle aufbauen, aber  
838 zweifelsohne auch darüber hinausgehen. Aus den Richtlinien muss letztlich  
839 eindeutig hervorgehen, welche Maßnahmen angewendet werden und wie sie zu  
840 Emissionsreduktionen beitragen. Auf diese Weise ist eine Unterteilung in  
841 domestische Emissionsreduktionen und Emissionsreduktionen von einem Staat in  
842 einem anderen Stand möglich. Gleichzeitig werden auch endlich klare  
843 Transparenzregeln für bereitgestellte Finanzmittel benötigt.

844 Zudem müssen erste Einigungen darüber geschaffen werden, was das Pariser  
845 Klimaabkommen eigentlich bedeutet. Deshalb müssen Grundlagen für das Regelwerk  
846 auf dieser Klimakonferenz geschaffen werden. Daher muss es zum Ende der  
847 Klimakonferenz mindestens einen ersten Entwurf des Regelwerks geben. Darüber  
848 hinaus muss sich beim Ambitionsmechanismus noch viel mehr tun: Es ist nicht  
849 klar, wie aus der globalen Bestandsaufnahme, die ab 2023 alle fünf Jahre  
850 stattfinden soll, mehr Anstrengungen zur Bekämpfung der Klimakrise hervorgehen  
851 sollen. Am Ende der COP23 sollten mögliche Wege stehen, wie dies erreicht werden  
852 kann. Dies bedeutet auch den "Gestalterischen Dialog" (engl. "Facilitative  
853 Dialogue") schon in Bonn zu starten und auf der COP 24 zu Ende gehen zu lassen.

854 Hinsichtlich des Themenkomplexes "Verlust und Schaden" braucht es mehr  
855 Initiativen, die Gelder aus unterschiedlichen Quellen bereitstellen. Vor allem  
856 Staaten des Globalen Nordens müssen zugleich auch mehr öffentliche Gelder  
857 bereitstellen. Darüber hinaus braucht es eine finanzielle Stärkung des  
858 "Internationalen Mechanismus für Verluste und Schaden im Zusammenhang mit  
859 Auswirkungen des Klimawandels", damit dieser endlich einsatzfähig wird und  
860 seinen Aufgaben adäquat nachkommen kann.

861 Im Hinblick auf Finanzierung müssen die Staaten des Globalen Nordens endlich  
862 klar erkennbare Anstrengungen unternehmen um das 100-Milliarden-Ziel zu



863 erreichen. Weiterhin muss die Rolle und Finanzierung des Anpassungsfonds unter  
864 dem Pariser Klimaabkommen endlich geklärt werden. Dieser ist als additiv zu den  
865 100 Mrd zu sehen. Hinsichtlich der national bestimmbaren Beiträge unter dem  
866 Pariser Klimaabkommen müssen die Staaten mehr Ambition zeigen. COP 23 muss eine  
867 Grundlage für den Facilitative Dialogue bei der COP 24 und die Global Stocktake  
868 während der COP 29 schaffen. Das Abschlussdokument der COP 23 muss letztlich  
869 dazu führen, dass zur COP24 Ambitionslücken geschlossen werden.

870 Es ist dringend notwendig, dass ein genauer Wert als „vorindustrielles Niveau“  
871 festgelegt wird, auf dem wissenschaftliche Untersuchungen basieren können. Wir  
872 schlagen vor, dafür die Referenzperiode 1961-1990 minus 0,4 oder 0,45°C zu  
873 nutzen. (Dies entspräche etwa 0,04 oder 0,09°C unter der Referenzperiode von  
874 1880-1920.)

875 Der Gender Aktionsplan wird der erste seiner Art in den Klimaverhandlungen sein.  
876 Dies begrüßen wir, allerdings bedauern wir, dass es so lange gedauert hat, bis  
877 man die besondere Dringlichkeit solch eines Plans verstanden hat. Der  
878 Aktionsplan wird vor allem Kapazitäten von Frauen erweitern, aufbauen und  
879 unterstützen, mit einem Fokus auf jungen Indigenen Frauen\* und lokalen  
880 Initiativen. Ebenfalls soll auf geschlechtergerechte Finanzierung und  
881 Technologien und Genderperspektiven eingegangen werden.

### 882 **COPs vertrauen?**

883 UN-Klimaverhandlungen umgibt der Mythos das Klima retten zu können. Doch seit  
884 über 20 Jahren - und auch mit dem Pariser Klimaabkommen - zeigt sich: Sie sind,  
885 aus unterschiedlichsten Gründen, nicht in der Lage dazu. Dennoch sind sie das  
886 einzige Gremium, in dem gerade die empfindlichsten Staaten auch eine Stimme  
887 haben. Gleichzeitig gehen aus Klimaverhandlungen allenfalls Versprechen hervor.  
888 Doch diesen fehlt die Ambition das Klima retten zu können.

889 Die Klimakonferenz in Bonn findet in direkter Nähe zum Rheinischen  
890 Braunkohlerevier statt. Nicht einmal 50 Kilometer von den Verhandlungen entfernt  
891 entsteht eine Mondlandschaft, weil sich gigantische Bagger immer weiter in die  
892 Erde fressen. Während in den Konferenzsälen diskutiert wird, wird das Klima  
893 weiter verheizt. Und während die Klimakrise Inselstaaten untergehen lassen wird,  
894 bleibt Politik untätig.

895 Doch als GRÜNE JUGEND wollen wir uns einmischen, nicht umsonst sind wir ein  
896 politischer Jugendverband. Wir sind mit unterschiedlichsten Bewegungen  
897 verknüpft. Aus unserer Sicht schließen sich die verschiedenen Formen des  
898 Protests nicht aus, sondern sind nur in ihrer Summe so stark. Deshalb ruft die  
899 GRÜNE JUGEND zu der Großdemonstration am 4. November und zu den Aktionen Ende  
900 Gelände vom 3.-5. November auf.

901 Es geht uns um einen schnellstmöglichen Kohleausstieg. Und es geht uns darum  
902 Kohleverbrennung und -produktion zu beenden. Denn wenn es Regierungen nicht  
903 schaffen ihr Klimaziele einzuhalten, dann müssen wir eben nachhelfen. Wir  
904 verstehen unsere Aktivitäten auch als Ansage an die Grünen, und ihre möglichen  
905 Koalitionspartnerinnen CDU/CSU und FDP. Die Heuchelei und die mangelnde Ambition  
906 in der Klimapolitik muss beendet werden.

907 Abschließend fordert die GRÜNE JUGEND von allen beteiligten Akteur\*innen eine  
908 stärkeren Einsatz für Klimagerechtigkeit auf allen politischen, wirtschaftlichen  
909 und gesellschaftlichen Ebenen. Wir dürfen nicht aus dem Auge verlieren, dass  
910 diejenigen die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben schon jetzt am  
911 meisten unter den Folgen leiden müssen.

## **V7-Beschluss Fight Law & Order! - Autoritäre Tendenzen bekämpfen**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 28.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

912 Seit einiger Zeit ist sowohl in Deutschland, aber auch weltweit, eine Zunahme  
913 von autoritären und repressiven Gesetzen, Handlungsweisen und Regimen zu  
914 beobachten. In einer Welt, die zumindest gefühlt immer komplizierter wird,  
915 versuchen vor allem konservative und nationalistische Politiker\*innen mit  
916 möglichst einfachen Forderungen das "Sicherheitsgefühl" der Bevölkerung  
917 wiederherzustellen. Immer weitere Sicherheitsgesetze in engen Abständen schaffen  
918 jedoch nicht mehr Sicherheit, sondern sind nur Aktionismus und schüren die  
919 Ängste vor Kriminalität und Terrorismus. Doch gerade im Bereich der Innenpolitik  
920 gilt nicht "Viel hilft viel", denn es gibt keine absolute Sicherheit. Viele der  
921 Maßnahmen und Gesetze in der Innenpolitik sind hauptsächlich Einschränkungen der  
922 Freiheit, die einhergehen mit einer Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaat,  
923 was letztlich auch zu deren Abschaffung führen kann. In verschiedenen  
924 Bundesländern und auf Bundesebene wurden unterschiedliche Gesetzesverschärfungen  
925 angenommen und Projekte eingeführt, denen wir uns entschieden entgegenstellen.  
926 Eine junggrüne Politik zeichnet sich aus durch den klaren Schutz von  
927 Bürger\*innen- und Menschenrechten und die Verteidigung der Freiheit der  
928 Einzelnen. Unsere Wurzeln in der Protestbewegung sind dabei keine abgeschlossene  
929 Geschichte, sondern vielmehr Auftrag, gerade im Hinblick auf die eventuell bald  
930 zu führenden Koalitionsverhandlungen unter Beteiligung von BÜNDNIS 90/DIE  
931 GRÜNEN.

### 932 **Keine weitere Aushöhlung des Demonstrationsrechts!**

933 Der in der jüngeren Geschichte beispiellose Rechtsruck, der gerade durch die  
934 Gesellschaft geht, spiegelt sich auch in den innenpolitischen Forderungen vor  
935 allem der Union, aber auch der anderen Parteien wieder. Auf angebliche, gefühlte  
936 oder tatsächliche Sicherheitsprobleme und Extremsituationen wird inzwischen mit  
937 immer neuen Straf- und Asylrechtsverschärfungen reagiert. Dazu zählen u.a. die  
938 Einführung des sogenannten Schutzparagraphen oder die Strafverschärfungen beim  
939 Straftatbestand des Wohnungseinbruchs. Nach jeder Gesetzesverschärfung kommt  
940 eine neue Forderung. Erst im Frühjahr wurden die §§ 113 bis 115, 125 und 323c  
941 StGB novelliert, um durch massive Strafandrohung für Bagatelldelikte einen  
942 besseren Schutz für Einsatzkräfte zu bewirken. Dass durch die angedrohten  
943 Haftstrafen von mindestens drei Monaten Menschen davon abgeschreckt werden,

944 Demonstrationen zu besuchen und sie somit in der Ausübung des  
945 Demonstrationsrechts stark eingeschränkt werden, wurde mindestens billigend  
946 in Kauf genommen. Im Wahlkampf forderten Bundesinnenminister Thomas de Maizière  
947 und mehrere Unions-Landesinnenminister\*innen dann auch, den Straftatbestand des  
948 Landfriedensbruchs derart zu verschärfen, dass man sich bereits strafbar macht,  
949 wenn man an einer Demo teilnimmt, aus der eine beliebige Person einen Stein  
950 wirft. Das würde einer Abschaffung der Demonstrationsfreiheit gleichkommen. Die  
951 GRÜNE JUGEND beobachtet einen rechtlichen und einen diskursiven Wandel der  
952 Wahrnehmung von Demonstrationen. Demo-Teilnehmer\*innen werden kriminalisiert und  
953 ihre Teilnahme delegitimiert, dadurch werden Menschen davon abgehalten, sich auf  
954 demokratischem Wege für ihre Ziele und Visionen einzusetzen. Einen wesentlichen  
955 Anteil daran hat auch die Polizei, die, gerade auch durch den vermehrten Einsatz  
956 von sozialen Medien, den Diskurs entscheidend mitbestimmt. Wir fordern daher  
957 umfassende Social Media-Lehrgänge für Polizist\*innen sowie eine strenge  
958 Reglementierung der zu postenden Inhalte auf der Öffentlichkeit dienlichen  
959 Informationen (bspw. offene Anfahrtswege bei Großveranstaltungen).

960 Das Demonstrationsrecht ist in Artikel 8 des Grundgesetzes verankert und ist  
961 eins der wichtigsten Rechte zur Verwirklichung einer Demokratie. Demonstrationen  
962 dienen der Meinungskundgabe, sind Ausdruck von politischem Protest, Solidarität  
963 und vielfach von kreativen Aktionsformen geprägt. Nicht erst bei den G20  
964 Protesten in Hamburg sind die massiven Probleme von Polizeieinsätzen bei  
965 Demonstrationen deutlich geworden. Polizeiliche Einsatzkonzepte für  
966 Demonstrationen sollten auf Deeskalation und Kommunikation ausgerichtet sein.  
967 Dabei sollte die Polizei jedoch nicht alleine für die Einschätzung der Lage  
968 zuständig sein, sondern nur gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen  
969 Organisationen, Demonstrationsbeobachter\*innen und Konflikt-  
970 /Protestforscher\*innen. Unabhängige Konflikt- und Protestforscher\*innen können  
971 langfristig auch mit der Übernahme dieser Aufgabe betraut werden um eine  
972 neutrale Bewertung der Lageeinschätzung zu garantieren. Um das  
973 Demonstrationsrecht aufrechtzuerhalten, fordert die GRÜNE JUGEND die Rücknahme  
974 der Strafrechtsverschärfungen der §§ 113-115, 125 und 323c StGB. Auch die  
975 Vorschläge der Unionsinnenminister\*innen bezüglich des Landfriedensbruchs lehnen  
976 wir entschieden ab!

### 977 **Gegen das geplante Polizeigesetz der Grün-Schwarzen Regierung in Baden-** 978 **Württemberg!**

979 Auch in vielen Bundesländern sieht die Situation derzeit nicht besser aus. In  
980 Bayern hat die CSU-Staatsregierung im Juli ein Gesetz eingeführt, das es der  
981 Polizei ermöglicht, angebliche "Gefährder\*innen" ohne den Verdacht einer  
982 Straftat präventiv quasi unbegrenzt in Haft zu nehmen. Menschen einzusperren,  
983 weil man diese für "Gefährder\*innen" hält, widerspricht jeglichen  
984 rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Grundprinzipien. Präventive,  
985 unbegrenzte Freiheitsberaubung nach Gusto der Polizei öffnet die Tür für einen  
986 mehr und mehr autonom agierenden, kaum zu kontrollierenden, repressiven

987 Polizeiapparat. Leider versucht sich in Baden-Württemberg auch die grün-schwarze  
988 Landesregierung derzeit an einer Annäherung an die CSU. Ein extrem scharfes  
989 Polizeigesetz ist in Planung, das sogar laut Ministerpräsident Kretschmann an  
990 die "Grenzen des verfassungsgemäß Machbaren" gehen soll. Die Polizei soll mit  
991 Handgranaten aufgerüstet werden und es soll die Überwachung von Menschen  
992 ermöglicht werden, bei denen die Polizei davon ausgeht, dass sie eine Straftat  
993 begehen könnten. Die Unterrichtung der Betroffenen wird in die Hände der  
994 Überwacher\*innen, der Polizei gegeben, mit der Festlegung, dass eine  
995 Unterrichtung ausbleiben kann, wenn sie nicht im Interesse der Betroffenen  
996 liegt. Dieses Gesetz konterkariert grüne Politik der Freiheit, Bürger\*innen- und  
997 Menschenrechte, indem es auf Überwachung und Aufrüstung setzt.

998 Die Grenzen der Verfassung sind kein Maßstab für Gesetze. Vielmehr wird so  
999 wieder einmal dem Verfassungsgericht die Rolle zugewiesen, das Schlimmste zu  
1000 verhindern und eine Orientierung an den Grenzen lässt den Blick für Ziel und  
1001 Sinn des Gesetzes verwischen.

1002 Gerade von einer Grün geführten Regierung erwarten wir Gesetze, die die  
1003 Freiheiten der hier lebenden Menschen stärken und nicht diese einschränken. Eine  
1004 massive Ausweitung der polizeilichen Befugnisse und eine völlig übertriebene  
1005 Aufrüstung ist das klare Gegenteil davon. Der Waffeneinsatz von Polizist\*innen  
1006 muss dringend überdacht und eingeschränkt werden und nicht durch Handgranaten  
1007 erweitert werden. Zur Stärkung und Verteidigung der Privatsphäre jeder\*s  
1008 einzelnen fordert die Grüne Jugend außerdem die ersatzlose Abschaffung der  
1009 Kategorisierung anhand sogenannter personengebundener Hinweise und der  
1010 Gefahrenzonen, die unter verschiedenen Bezeichnungen bisher in allen  
1011 Bundesländern existieren.

### 1012 **Gegen einen autoritären und repressiven Missbrauch technischer Möglichkeiten**

1013 Das Arsenal technischer Überwachungsmöglichkeiten ist in den vergangenen Jahren  
1014 enorm gewachsen. Projekte der vernetzten Videoüberwachung mit Gesichtserkennung  
1015 durch Bundesregierung, Bundespolizei und Bundeskriminalamt am Berliner Bahnhof  
1016 Südkreuz zeigen die autoritäre Tendenz, die Polizei und Regierung verfolgen.  
1017 Dass die Bundesregierung in Berlin nun Testpersonen anbietet, ihre Grundrechte  
1018 zu verkaufen, um automatische Gesichtserkennung bei Videoüberwachung zu testen,  
1019 ist inakzeptabel und zynisch. Neben den Testpersonen sind allerdings auch alle  
1020 weiteren Personen betroffen - durch die fehlende Kontrolle des Systems ist  
1021 anzunehmen, dass alle Gesichter gescannt werden und Verwechslungen möglich sind.  
1022 Auch sie werden in ihren Grundrechten eingeschränkt.

1023 Grundrechte sind unverfügbar und unbezahlbar. Gelder für entsprechende Projekte  
1024 sollten lieber in die Stärkung des Grundrechtsbewusstseins, die demokratische  
1025 Bildung sowie in die Stärkung von Medienkompetenz im Bezug auf Datenschutz  
1026 investiert werden. Dass es dem Projekt nebenbei schon am Fundament, der

1027 gesetzlichen Grundlage, mangelt, verdeutlicht die Probleme der aktuellen  
1028 Situation. Hier findet an vielen Stellen eine Wechselwirkung zwischen Recht und  
1029 Praxis statt, die nur als absurd bezeichnet werden kann. In Sachen  
1030 Datenspeicherung und Überwachung schaffen die "Sicherheitsbehörden" oft Fakten  
1031 und Tatsachen, welche anschließend von Parlamenten nachträglich per Gesetz  
1032 legitimiert werden. Außerdem mangelt es immer wieder an tatsächlicher  
1033 parlamentarischer Kontrolle bzw. an Rechten für Parlamentarier\*innen. Wir  
1034 fordern deshalb mehr Kontrollmöglichkeiten für Parlamentarier\*innen bei der  
1035 Entwicklung von Überwachungsinstrumenten und der Kontrolle der Nutzung bereits  
1036 bestehender Instrumente sowie die konsequente Anwendung dieser  
1037 Kontrollmöglichkeiten. Hier sehen wir auch grüne Parlamentarier\*innen in der  
1038 Pflicht - besonders dann, wenn sie in eine Regierung treten. Einen Ausbau der  
1039 Videoüberwachung und den Einsatz von automatisierter Gesichtserkennung bei  
1040 selbiger lehnt die GRÜNE JUGEND ab. Wir wollen Bürger\*innen vor Überwachung  
1041 schützen. Wer nicht abschätzen kann, was überwacht wird, passt sein Verhalten  
1042 an. Dass dies nicht nur die individuelle Freiheit einschränkt, sondern auch an  
1043 der Existenzbedingung einer Demokratie nagt, nämlich der öffentlichen Diskussion  
1044 widerstreitender Interessen, hat nicht zuletzt das Bundesverfassungsgericht  
1045 schon vor vielen Jahren festgestellt und in ständiger Rechtsprechung wiederholt.  
1046 Genauso sind die massive Datensammlung diverser polizeilicher oder  
1047 nachrichtendienstlicher Behörden sowie der Einsatz von Staatstrojanern  
1048 schwerwiegende Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte und von uns allen  
1049 abzulehnen. Dabei werden Grundrechtseinschränkungen hingenommen und  
1050 schwerwiegende Eingriffe in die Privatsphäre möglich gemacht. Es ist abzusehen,  
1051 dass die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen in absehbarer Zeit zu einer  
1052 deutlich zunehmenden staatlichen Kriminalisierung von progressiven und  
1053 antiautoritären Ideen und Bewegungen führen werden.

1054 Der Staatstrojaner dringt in Computer und damit in die Privatsphäre der Menschen  
1055 ein. Prepolicing-Systeme machen die Polizei zu einer Polizei der Statistik und  
1056 lassen einen Teufelskreislauf der Gefahrengebiete entstehen. Und Projekte zu  
1057 Entschlüsselungssystemen forschen daran, wie verschlüsselte Kommunikation  
1058 abgehört werden kann. Die Überwachungsfantasien spitzen sich sogar so zu, dass  
1059 die CDU die Nutzung von Wanzen zur akustischen Raumüberwachung fordert. Dazu  
1060 kommt die Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung.

1061 All diese Überwachungssysteme sind Bestandteil autoritärer Träumereien und  
1062 leider auch schon autoritärer Realität. Sie gefährden nicht nur unsere Freiheit,  
1063 sondern auch unsere Grundrechte und rütteln an unserer Demokratie. Deshalb  
1064 fordern wir ein Ende der staatlichen Förderung und Durchführung aller  
1065 Forschungsprojekte, die das Ziel oder den Auftrag haben, vernetzte  
1066 Videoüberwachung mit Gesichtserkennung, Staatstrojaner, Entschlüsselungssysteme  
1067 und Prepolicing-Anwendungen in die Hände der Sicherheitsbehörden zu legen,  
1068 insbesondere, wenn hier keine parlamentarische Kontrolle stattfindet. Darüber  
1069 hinaus fordern wir das endgültige Ende der Vorratsdatenspeicherung, sowie  
1070 strengere Regeln für und deutlich weniger Videoüberwachung.

1071 **Globale Tendenzen der Autoritarisierung**

1072 Auch international verschoben sich Diskurs und Gesetzgebung ins Autoritäre.  
1073 Insbesondere in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik und Osteuropa ist diese  
1074 Entwicklung klar sichtbar:

1075 - In Frankreich hat die französische Nationalversammlung nach sechsmaliger  
1076 Verlängerung des Notstandes, der im November 2015 verhängt wurde, einem  
1077 verschärften Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus zugestimmt. In Folge des  
1078 Gesetzes werden u.a. die Befugnisse der Strafverfolgungsbehörden nun dauerhaft  
1079 erweitert, weiter können der Innenminister wie auch die Präfekten in den  
1080 Départements die Bewegungsfreiheit von Verdächtigen einschränken oder  
1081 umfangreiche Polizeikontrollen an Bahnhöfen oder Flughäfen anordnen - ohne eine  
1082 vorgeschaltete richterliche Anordnung.

1083 - In Polen wurde unter der Regierung der PiS massiv die Meinungs- und  
1084 Pressefreiheit eingeschränkt und de facto das Verfassungsgericht ausgeschaltet.  
1085 Jetzt wird versucht, nach und nach die Gewaltenteilung abzuschaffen.

1086 - In Österreich steht die große Koalition aus ÖVP und SPÖ vor dem Aus. Nach der  
1087 Wahl ist ein Bündnis, in dem die rechtspopulistische FPÖ mitregiert  
1088 wahrscheinlich. Dies würde eine wesentliche Verschärfung des ohnehin schon  
1089 menschenverachtenden und autoritären Diskurses ganz besonders in Bezug auf  
1090 Geflüchtete bedeuten. Bereits jetzt fällt die österreichische Regierung mit  
1091 populistischen Maßnahmen beispielsweise gegen Demonstrant\*innen und muslimische  
1092 Frauen in Form des Verhüllungsverbots auf.

1093 - In Ungarn krepelt die Fidesz unter Viktor Orbán die Verfassung und den  
1094 Rechtsstaat um, schränkt die Rechte der Verfassungsrichter\*innen, die  
1095 Pressefreiheit und die Freiheit der Lehre und der Universitäten ein, verbietet  
1096 an verschiedenen Stellen zivilgesellschaftlichen Protest und tut dies alles auch  
1097 getrieben von der rechtsextremen Jobbik.

1098 - In der Türkei hat nicht nur das Verfassungsreferendum gezeigt, wie die  
1099 türkische Regierung unter Erdogan weiter Abstand von der demokratischen  
1100 Gewaltenteilung nimmt und zu einem Präsidialsystem mit autoritärem Charakter  
1101 umgebaut wird. Tagtäglich werden in der Türkei Menschenrechte verletzt,  
1102 gleichzeitig hat die europäische Kritik an Menschenrechtsverletzungen in der  
1103 Türkei jedoch seit dem Abschluss des Flüchtlingsdeals massiv abgenommen. Auch  
1104 die Presse- und Meinungsfreiheit wird immer weiter eingeschränkt, Erdogan, AKP  
1105 und MHP kontrollieren einen Großteil der Medien und bekämpfen konsequent  
1106 oppositionellen Journalismus, auch mit Inhaftierungen aufgrund in den meisten  
1107 Fällen haltloser Anschuldigungen.

1108 Die GRÜNE JUGEND nimmt diese Entwicklungen mit Besorgnis zur Kenntnis und  
1109 fordert Bündnis 90/Die GRÜNEN auf, insbesondere im Falle einer  
1110 Regierungsbeteiligung, einen wesentlichen Fokus in der Außenpolitik auf die  
1111 Bekämpfung autoritärer Tendenzen (bspw. durch scharfe Sanktionierung im Rahmen  
1112 der EU) sowie auf die Zusammenarbeit mit und Stärkung der demokratischen Kräfte  
1113 in den betroffenen Ländern zu legen.

### 1114 **Demo als Grundrecht - Diskurse nicht der Polizei überlassen**

1115 In vielen verschiedenen Formen beobachten wir eine Diskursprägung durch die  
1116 Polizei bzw. durch staatliche Behörden. Beispielhaft hierfür sind unter anderem  
1117 die Social Media-Arbeit der Polizei, welche an verschiedenen Stellen für die  
1118 Prägung des Diskurses durch Einführen von Framing und Deutung gesorgt hat. Auf  
1119 Grund der ihr gegebenen Autorität kann die Polizei sich somit die notwendigen  
1120 diskursiven Realitäten schaffen. Da Abgeordnete und Politiker\*innen diese  
1121 Diskurse oft übernehmen, kommt es hier zu einer Abwärtsspirale der  
1122 Versicherheitlichung.

1123 Ein weiteres drängendes Problem ist die Ungeklärtheit vieler von der Polizei  
1124 verwendeter Begriffe. Paradebeispiel ist hier die\*der Gefährder\*in. Der Begriff  
1125 ist bis heute nicht einheitlich geklärt und weder rechtlich definiert noch  
1126 zwischen den Polizeibehörden der Länder und des Bundes abgestimmt. Das führt  
1127 dazu, dass Landespolizeibehörden quasi willkürliche Definitionen von  
1128 Gefährder\*innen vornehmen können und auf Grund dieser Definitionen dann sogar  
1129 empfindliche Konsequenzen für die betroffenen Personen etablieren. Mit diesen  
1130 Definitionen prägen sie außerdem die Diskurse und etablieren ein Angstbild, auf  
1131 dessen Rücken sie dann neue Instrumente der Versicherheitlichung fordern.

1132 Die GRÜNE JUGEND lehnt pauschalisierende Oberbegriffe wie "Gefährder\*in",  
1133 "Intensivtäter\*in", etc. ab. Strafrechtliche Konsequenzen und polizeiliche  
1134 Maßnahmen müssen sich immer an konkreten Straftaten orientieren und dürfen nicht  
1135 an teilweise willkürlichen Lageeinschätzungen und sozialen sowie äußerlichen  
1136 Kategorien festgemacht werden. Begriffe, die mehr der Diskursprägung als der  
1137 konkreten Arbeit dienen, dürfen nicht mehr verwendet werden und müssen von der  
1138 Gesetzgeberin untersagt werden.

### 1139 **Gewaltenteilung als Minimalkonsens**

1140 Viele der beschriebenen Probleme sind auch darauf zurückzuführen, dass in der  
1141 aktuellen Lage die vier wesentlichen Institutionen der Demokratie sich  
1142 gegenseitig nicht mehr kontrollieren können, es findet vielmehr eine  
1143 Verschränkung zwischen diesen Institutionen statt. Wenn Parlamentarier\*innen  
1144 Papierberge mit geschwärzten Akten erhalten und daran dann einen  
1145 Untersuchungsausschuss durchführen sollen, ist die parlamentarische Kontrolle  
1146 auf Eis gelegt. Wenn die Zivilgesellschaft nicht mal die basalsten Informationen



1147 über parlamentarische Arbeitsweisen und Prozesse erhält, dann lässt sich  
1148 zivilgesellschaftlicher Protest schwer organisieren. Und wenn Richter\*innen  
1149 immer öfter in die Rolle der Exekutive schlüpfen müssen, weil die Exekutive als  
1150 Beklagte an vielen Stellen nicht vor Gericht erscheinen muss, dann wird auch  
1151 hier eine neutrale Beurteilung der Exekutive schwer möglich sein.

1152 In den Grundprinzipien unserer Verfassung ist lange nicht alles perfekt. Viele  
1153 Methoden, Prozesse und Prinzipien sind veraltet. Wenn allerdings nicht einmal  
1154 diese Prinzipien mehr eingehalten werden, dann sollte Rückbesinnung darauf  
1155 absoluter Grundkonsens aller demokratischen Parteien sein. Die Gewaltenteilung,  
1156 nach der sich die Institutionen untereinander kontrollieren kann an vielen  
1157 Stellen eine positive Wirkung haben. Wir als GRÜNE JUGEND fordern von allen  
1158 demokratischen Parteien eine Rückbesinnung auf das Grundprinzip der strikten  
1159 Gewaltenteilung und wollen darauf aufbauen um eine bürger\*innen- und  
1160 menschenrechtlich progressive Politik einzufordern.

### 1161 **Klare grüne Kante gegen autoritäre Denkweisen und Gesetze!**

1162 Nach der Bundestagswahl stehen nun möglicherweise Koalitionsverhandlungen  
1163 zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen an. Für die GRÜNE JUGEND ist es unerlässlich,  
1164 dass weitere autoritäre Gesetzesverschärfungen nicht in den Koalitionsvertrag  
1165 aufgenommen werden und schon bestehende rückgängig gemacht werden. Die GRÜNE  
1166 JUGEND fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, keinem Koalitionsvertrag zuzustimmen,  
1167 in dem eine oder mehrere der folgenden Vereinbarungen enthalten sind:

- 1168 - Eine Verschärfung des Straftatbestands des Landfriedensbruchs
- 1169 - Eine wie auch immer geartete Einschränkung der Demonstrationsfreiheit
- 1170 - Eine Ausweitung der Videoüberwachung und eine Nutzung einer automatisierten  
1171 Gesichtserkennung zur Auswertung von Videomaterial
- 1172 - Die Einführung von präventiver "Unendlichkeitshaft"
- 1173 - Die Ausweitung von Online-Durchsuchungen und der Einsatz der  
1174 Vorratsdatenspeicherung
- 1175 - Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren und eine weitere Aufrüstung der Polizei
- 1176 - Ein Verhüllungsverbot in der Öffentlichkeit
- 1177 - Ausweitung der sogenannten passiven Bewaffnung

1178 Darüber hinaus fordern wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, die Rückgängigmachung der  
1179 genannten Strafrechtsverschärfungen und die Abschaffung von Staatstrojanern in  
1180 die Koalitionsverhandlungen miteinfließen zu lassen.

1181 **Antirepressionsarbeit auch im eigenen Verband stärken!**

1182 Wir fordern gerade in Zeiten der Autoritarisierung eine Rückbesinnung darauf und  
1183 ein klares grünes Profil. Auch innerverbandlich möchten wir an einem Ausdruck  
1184 junggrünen Protestes arbeiten. Wir positionieren uns klar an der Seite von  
1185 emanzipatorischem zivilgesellschaftlichen Protest und stärken insbesondere die  
1186 praktische Arbeit im Verband. Dazu gehören regelmäßige Workshops zum Verhalten  
1187 auf Demonstrationen, zu den eigenen Rechten als Demonstrant\*in und eine  
1188 theoretische Auseinandersetzung mit Formen des Protest und Zivilen Ungehorsams.  
1189 Außerdem wollen wir die mittlerweile veraltete Demofibel neu auflegen und  
1190 unseren Mitgliedern als Hilfsmittel zum Verhalten auf Demonstrationen zur  
1191 Verfügung stellen.

1192 Die Workshops sollen auf Landes- und Bundesveranstaltungen stattfinden. Zudem  
1193 soll ein Konzept angeboten werden, solche Workshops auch in den Basisgruppen  
1194 relativ barrierearm anbieten zu können.

**Begründung**

## **V9-Beschluss Veränderung statt Affirmation - gegen die politische Verwendung des Heimatbegriffs**

Gremium: Mitgliederversammlung  
 Beschlussdatum: 29.10.2017  
 Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

1195 Der Heimatsbegriff taucht wieder vermehrt in der politischen Debatte auf.  
 1196 Während sich konservative und rechte Akteur\*innen schon lange auf Heimatliebe  
 1197 und Heimatschutz berufen, um ihre politischen Vorstellungen zu propagieren,  
 1198 versuchen nun auch linke und progressive Kräfte, diesen Begriff neu zu besetzen,  
 1199 oder übernehmen ihn, um konservative Wähler\*innen zu überzeugen. Die GRÜNE  
 1200 JUGEND respektiert Heimat als persönlichen Bezugspunkt, lehnt die Verwendung des  
 1201 Heimatbegriffs im politischen Diskurs jedoch ab.

### **1202 Heimat als ausschließender Begriff**

1203 Die Verwendung des Begriffs "Heimat" als politisches Schlagwort knüpft an  
 1204 konservative und rechte Diskurse an. In der politischen Debatte wird er  
 1205 regelmäßig auf zwei Arten genutzt: Zum einen werden sich damit bestehende  
 1206 gesellschaftliche Strukturen ohne inhaltliche Begründung zu Eigen gemacht und  
 1207 damit bestätigt. Zum Anderen wird er in einem rechten bzw. rechtsextremistischen  
 1208 Weltbild zum Ausschluss bestimmter Personengruppen genutzt. Migrant\*innen soll  
 1209 der Zuzug verwehrt werden, um die "Heimat" gegen eine imaginierte "Überfremdung"  
 1210 zu schützen und politisch Aktive, die bestehende Zustände kritisieren, werden  
 1211 als Nestbeschmutzer\*innen bzw. "Vaterlands-" oder "Volksverräter\*innen"  
 1212 angegriffen.

1213 Dieser exklusive Charakter lässt sich auch beim Versuch einer linken Umdeutung  
 1214 des Heimatbegriffs nicht vollständig beseitigen. In seiner Verwendung als  
 1215 Identitätskategorie wird eine Unterscheidung getroffen, zwischen Menschen, die  
 1216 zum heimatlichen Kollektiv gehören, und denen, die es nicht tun. Ersteren wird  
 1217 dabei eine größere Berechtigung zugestanden, an der Gestaltung der Heimat  
 1218 mitzuwirken. Auch wenn linke oder progressive Akteur\*innen versuchen, den  
 1219 Begriff anders zu verwenden, können sie die Vorstellungen, die mehrheitlich mit  
 1220 dem Begriff Heimat verbunden werden, nicht einfach auflösen. Stattdessen werden  
 1221 diese Vorstellungen, die mehrheitlich damit Verknüpft werden, bei der Verwendung  
 1222 des Begriffs aufgerufen und reproduziert.

1223 **Heimat täuscht über Interessenkonflikte hinweg**

1224 Während der Begriff Heimat eine wichtige Bedeutung als private Kategorie haben  
1225 kann, ist er als politisches Schlagwort für die politische Linke ungeeignet.

1226 Der Inhalt des Heimatbegriffs, der über einen reinen örtlichen Bezug hinausgeht,  
1227 bleibt bei seiner Verwendung meist vage und dient so als Projektionsfläche.  
1228 Hörer\*innen können verschiedenste persönliche Erfahrungen und Interessen in  
1229 diesen Begriff hinein deuten. Die individuellen Bedeutungen sind dabei aufgrund  
1230 widerstreitender gesellschaftlicher Interessen meist sehr widersprüchlich.

1231 Statt diese Widersprüche offen zu legen und an sich bei offensichtlichen  
1232 Interessenskonflikten klar zu positionieren, soll der Begriff eine politische  
1233 Einigkeit und Homogenität vorspielen, wo eigentlich keine ist. Statt gegen Armut  
1234 und die Zerstörung der Lebensgrundlagen vorzugehen, die Position von prekär  
1235 Beschäftigten zu verbessern und den gleichberechtigten Zugang zu  
1236 gesellschaftlichen Institutionen wirklich voranzubringen, wird Heimat als  
1237 gemeinsame Identitätskategorie beschworen um über Interessenskonflikte  
1238 hinwegzutäuschen.

1239 Der ideologische Versuch, diese gemeinsame Identität herzustellen, ändert jedoch  
1240 nichts an den tatsächlichen Verhältnissen. Wir wollen Menschen nicht davon  
1241 überzeugen, dass sie Teil einer gemeinsamen Heimat sind, wir wollen sie von  
1242 unseren Forderungen nach Umweltschutz, sozialer Gerechtigkeit und  
1243 Gleichberechtigung überzeugen, um greifbare Verbesserungen herbeizuführen.

1244 **Heimat im Kontext der deutschen Geschichte**

1245 Neben der fehlenden Bestimmtheit in den Inhalten, die über einen örtlichen und  
1246 zeitlichen Bezug hinausgehen, bleibt auch der örtliche und zeitliche Bezug  
1247 selbst häufig ungenau. Statt genau zu benennen, wo diese Heimat örtlich liegt,  
1248 um damit beispielsweise lediglich zu benennen, wo Politik gestaltet werden soll,  
1249 bleiben auch diese Bezüge weitgehend unbestimmt und offen für Interpretation.

1250 Unter dem vagen Deckmantel der Heimatliebe wird regelmäßig ein Verhältnis zur  
1251 deutschen Nation gefordert, das den Nationalsozialismus ausblendet oder in  
1252 Teilen sogar gutheißt. Statt im Rahmen der Aufarbeitung der Vergangenheit an der  
1253 Beseitigung der Umstände zu arbeiten, die den Nationalsozialismus möglich  
1254 gemacht haben, werden Teile dieser Umstände durch Zugehörigkeit zu einer zu  
1255 liebenden Heimat geadelt.

1256 Vom vagen örtlichen und zeitlichen Gehalt der Heimat profitieren  
1257 "Heimatvertriebene", die unter diesem Begriff weiterhin einen deutschen Anspruch  
1258 auf eine vorgebliche Heimat ihrer Vorfahren vertreten, die längst nicht mehr zu

1259 Deutschland gehört.

1260 Liebe zu Deutschland ist keine Grundlage für unsere Politik.

1261 **Für progressive Politik werben**

1262 Als Grüne Jugend setzen wir uns für individuelle Rechte für alle Menschen,  
1263 unabhängig von Geburts- oder Wohnort, ein. Wir denken unsere Forderungen global  
1264 und machen uns für eine vernunftbasierte, universalistische Politik stark, die  
1265 unabhängig von bestimmten geographischen oder irrationalen Zuordnungen den  
1266 Anspruch hat, positive Veränderung zu bewirken.

1267 Statt uns den neuen Versuchen, den Heimatbegriff links umzudeuten anzuschließen  
1268 und mit Rechten darum zu konkurrieren, wer mehr Heimatliebe zeigt, gehen wir  
1269 klar gegen rechten Populismus vor. Rechten und ihren Begriffen zu folgen, ist  
1270 der vollkommen falsche Ansatz für eine Politik gegen den Rechtsruck.

1271 Wir wollen politische Widersprüche klar herausstellen, statt unter dem Begriff  
1272 der Heimat eine gemeinsame Identität zu betonen und wir wollen gegen die  
1273 tatsächlichen Ursachen von Ungerechtigkeit vorgehen, statt dafür Geflüchtete  
1274 oder andere Gruppen, die scheinbar nicht zur Heimat gehören, zu beschuldigen.

1275 Eine der großen Herausforderungen für die gesellschaftliche Linke und für die  
1276 Grünen ist es, in Zukunft eine Sprache zu finden, mit der man mehr Menschen  
1277 erreicht, ohne dabei weit verbreitete ausschließende Ideologien zu verstärken.  
1278 Dieser Schwierigkeit sollten wir uns stellen, statt dem nach rechts rückenden  
1279 Diskurs nachzugeben. Unser Ziel ist es für eine inhaltliche und progressive  
1280 Politik zu werben und Menschen dafür zu begeistern und zu politisieren, statt  
1281 konservative Wähler\*innen zu erreichen, indem wir uns ihnen anpassen.

1282 Um für Politik für Umwelt und soziale Gerechtigkeit zu werben, brauchen wir  
1283 keinen vorbelasteten und irrationalen Heimatbegriff. Vernünftige und rationale  
1284 Argumente sind schließlich auf unserer Seite.

## V10-Beschluss Vom Bienchen und Blümchen

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

1285 Biodiversität bedeutet die Vielfalt des Lebens, also die Vielfalt der  
1286 Ökosysteme, die Vielfalt der Arten und die Vielfalt der Gene. Der Verlust der  
1287 Artenvielfalt ist weltweit eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit.  
1288 Wissenschaftler\*innen betrachten die Entwicklung mit größter Sorge und sprechen  
1289 von einem 6. Massensterben der Arten.

1290 In Umfragen gaben über 80% der Deutschen an, sich über einen zu sorglosen Umgang  
1291 mit der Natur und ihrer Vielfalt zu ärgern. Warum also ist es bis heute nicht  
1292 einmal auf nationaler Ebene gelungen, das Artensterben aufzuhalten?

1293 Zwar wird oft vom Artensterben in den tropischen Regenwäldern gesprochen, doch  
1294 auch bei uns in Deutschland lassen sich die Auswirkungen schon beobachten, ein  
1295 Drittel aller Arten ist im Bestand gefährdet. Ein besonders aktuelles Beispiel  
1296 ist das Insektensterben. In manchen Regionen wurde ein Rückgang der Masse von  
1297 Insekten von bis zu 80% festgestellt. Damit ist auch ein Rückgang der  
1298 Artenvielfalt verbunden. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Ein Beispiel ist  
1299 der Einsatz von nervenschädlichen Pflanzenschutzmitteln wie Neonikotinoiden, die  
1300 Bienenlarven angreifen und den Bienenbestand so kontinuierlich schrumpfen  
1301 lassen. Genauso lässt sich auch die Industrialisierung der Landwirtschaft,  
1302 insbesondere die Beseitigung von beispielsweise Grünstreifen und Hecken an  
1303 Rändern von Äckern als eine Ursache sehen.

1304 Die Artenvielfalt ist nicht nur wichtig für die Funktion eines Ökosystems,  
1305 sondern auch wir Menschen profitieren von ihr auf ganz unterschiedliche Weise.  
1306 Die Ökosysteme der Erde übernehmen wichtige Regelungsfunktionen für den  
1307 Menschen, wie die natürliche Reinigung von Wasser und Luft. Bienen übernehmen  
1308 für uns die Bestäubung von Pflanzen, die für uns überlebenswichtig ist, da wir  
1309 sonst keinen Pflanzenbau betreiben könnten. Auch die Produktion von Ressourcen,  
1310 die wir der Natur entnehmen, kann langfristig nur bestehen, wenn diese erhalten  
1311 wird. Diese Funktionen, die die Natur quasi "kostenlos" für uns übernimmt,  
1312 werden Ökosystemdienstleistungen genannt. Je höher die Biodiversität, desto  
1313 widerstandsfähiger sind Ökosysteme. Auch deshalb ist es wichtig, die  
1314 Artenvielfalt und damit die Ökosystemdienstleistungen zu erhalten. Gerade in  
1315 Zeiten des Klimawandels und sich damit relativ schnell ändernder

1316 Umweltbedingungen kommt diesem damit eine besondere Rolle zu. Zudem ist jede Art  
1317 ein einmaliger Speicher von genetischen Informationen, welche uns als Grundlage  
1318 für z.B. Medikamente dienen können.

1319 Auch wenn der Begriff der Ökosystemdienstleistungen gut ist, um direkte Vorteile  
1320 für den Menschen sichtbar zu machen, wird dies häufiger mit einem ökonomischen  
1321 Wert verbunden. Die GRÜNE JUGEND stellt sich klar gegen diese Bepreisung der  
1322 Natur. Ökosysteme sind aber komplex und unterliegen Schwankungen. Außerdem  
1323 stellt sich die Frage, wer die ökonomische Bewertung durchführt und welche  
1324 Interessen dort eine Rolle spielen. Eine Bepreisung ist auch häufig mit  
1325 Kompensationsmaßnahmen verbunden. Wird auf der einen Seite zerstört, wird  
1326 woanders ein System aufgebaut. Ökosysteme sind aber standortgebunden und  
1327 einzigartig und dadurch auch nicht ersetzbar. Die GRÜNE JUGEND stellt sich klar  
1328 gegen diese zunehmende Praktik und setzt sich weiter für den Schutz von  
1329 Ökosystemen und für den Kampf gegen die großen Ursachen ein.

1330 Die fünf größten Ursachen des Artensterbens stellen aktuell die Übernutzung von  
1331 Ressourcen (z.B. Abholzung, Fischerei), aktuelle Praxis in der Landwirtschaft  
1332 (Flurbereinigung, Überdüngung, Einsatz von Pflanzenschutzmitteln) und der  
1333 Klimawandel dar. Diese Haupttreiber der Zerstörung müssen geregelt werden. Dazu  
1334 ist es auch nötig, dem Naturschutz Vorrang vor ökonomischen Interessen zu geben.  
1335 Die GRÜNE JUGEND setzt sich dafür ein.

1336 Um die Biodiversität in Deutschland nicht noch weiter zu verringern, setzt sich  
1337 die GRÜNE JUGEND für folgende Punkte ein:

1338 1. Etablierung von mehr Schutzräumen. Es muss mehr Lebensräume geben, aus  
1339 denen sich der Mensch zurückzieht, gemäß dem Motto der Nationalparke  
1340 "Natur Natur sein lassen". Das ist zum Beispiel notwendig, da viele Arten  
1341 im Wald abhängig von Totholz sind. Diese Bedingung kann nur in  
1342 Waldwildnis-Gebieten erfüllt werden, da im forstwirtschaftlich genutzten  
1343 Wald kaum Totholz zurückgelassen wird. Der Anteil von Waldwildnis-Gebieten  
1344 an den Wäldern in Deutschland beträgt jedoch im Moment nur 2%. Wir fordern  
1345 deshalb endlich die Umsetzung von mindestens 5% Waldwildnis in Deutschland  
1346 – das entspricht den eigenen Zielen der Bundesregierung als auch denen des  
1347 "Übereinkommens über die biologische Vielfalt" der Vereinten Nationen.

1348 1. Verstärkung der Kompetenzen zum Erhalt von Lebensräumen. Auch Ökosysteme,  
1349 welche nicht speziell geschützt sind, sind wichtig. Aktuell werden aber  
1350 etwa 70 Hektar pro Tag an Boden in ihrer Nutzung umgewidmet und  
1351 versiegelt. Auch durch die massenhafte Nutzung von Nachtbeleuchtungen,  
1352 beispielsweise an alten Bauwerken, welchen nachtaktive Tiere in ihrem  
1353 Lebensrhythmus gestört und verlieren ihren "Lebensraum Nacht". Um  
1354 Schutzmaßnahmen dafür aber umsetzen zu können, müssen die Behörden  
1355 entsprechende Kompetenzen bekommen.

- 1356 1. Biodiversitätspolitik ist auch Landnutzungspolitik. Die meisten  
1357 Landnutzungsentscheidungen werden aber nicht in den Umweltministerien  
1358 getroffen, sondern beispielsweise in denen für Verkehr, Bauen und  
1359 Wirtschaft. Für einen echten Naturschutz müssen sich diese Kompetenzen  
1360 verschieben.
- 1361 1. Die GRÜNE JUGEND unterstützt die Naturschutz-Offensive 2020 des  
1362 Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit als  
1363 nationale Agenda zur Convention on Biological Diversity. Nun muss diese  
1364 auch konsequent umgesetzt werden.
- 1365 1. Bessere finanzielle Ausstattung der Behörden. Es gibt viele gute  
1366 naturschutzrechtliche Bestimmungen, welche aber nicht umgesetzt werden  
1367 können, da die Naturschutzbehörden personell und finanziell nicht dazu in  
1368 der Lage sind. Auch Kontrolle vor Ort muss finanziell endlich wieder  
1369 möglich sein.
- 1370 1. Unternehmen, die bewusst Rücksicht auf die Erhaltung der Ökosysteme (nicht  
1371 nur in Deutschland) nehmen, müssen stärker gefördert werden.  
1372 Verantwortungsvolles Handeln darf kein wirtschaftlicher Nachteil sein.
- 1373 1. Begrenzung des Nährstoffeintrags. Nährstoffarme Ökosysteme zeigen eine  
1374 besonders hohe Vielfalt der Arten. Die in der Landwirtschaft eingetragenen  
1375 Nährstoffe bleiben aber nicht nur auf dem Acker, sondern verteilen sich in  
1376 der Umwelt und zerstören so diese Ökosysteme. Dies zeigt sich  
1377 beispielsweise an den eutrophierten (nährstoffangereicherten) Gewässern,  
1378 welche dadurch sauerstoffarm sind und nur noch Lebensraum für wenige Tiere  
1379 und Pflanzen bieten.
- 1380 1. Wir wollen Feuchtgebiete zu erhalten und die Trockenlegung von Mooren  
1381 stoppen.
- 1382 1. Verbot von Neonikotinoiden, um den Bestand von Bienen und anderen Insekten  
1383 nicht weiter zu gefährden. Es gibt ökologische Alternativen, um  
1384 Ernteaufträge durch Schädlinge vorzubeugen.
- 1385 1. Niedrigere Fischfangquoten und Begrenzung der möglichen Fischfangmethoden  
1386 sowie Überwachung der Quoten. Weltweit und auch in Deutschland sind viele  
1387 Fischarten vom Aussterben bedroht. Wenn wir jetzt nicht handeln, droht das  
1388 größte Ökosystem der Welt zusammenzubrechen.
- 1389 Darüber hinaus zeigt sich am Beispiel der Zugvögel, dass sich Arten nicht an die  
1390 Begrenzungen von geschützten Biotopen oder nationalstaatlichen Grenzen halten.  
1391 Überstaatliche Regelungen wie die Konvention über Biodiversität von 1992 sind



1392 nicht bindend und verfügen über keinen Sanktionsmechanismus. Die GRÜNE JUGEND  
1393 setzt sich für eine verbesserte internationale Zusammenarbeit beim Schutz von  
1394 Arten sein, welche auf verbindlichen Regelungen basiert.

1395 Wenn wir das Artensterben nicht innerhalb der nächsten Generation begrenzen,  
1396 steht das Überleben unserer eigenen Art auf dem Spiel. Packen wirs an!

### **Begründung**

## **V11-Beschluss Wärmewende statt Holzverschwendung - Waldschutz ist Klimaschutz!**

Gremium: Mitgliederversammlung  
 Beschlussdatum: 29.10.2017  
 Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

### 1397 **Wärmewende voranbringen und Förderungen umstellen**

1398 Im Jahr 2010 kam es erstmals seit Beginn der Datenerfassung dazu, dass der  
 1399 energetische Verbrauch von Holz den stofflichen übertraf - also ein größerer  
 1400 Anteil am bundesweiten Holzkonsum im Ofen verbrannte, als für Bauzwecke oder in  
 1401 der Möbelproduktion eingesetzt wurde. Diese Entwicklung, die sich in den  
 1402 vergangenen Jahren immer weiter verschärft hat, hängt mit einem 2009 während der  
 1403 schwarz-gelben Bundesregierung verabschiedeten Marktanzreizprogramm zusammen,  
 1404 durch das die Anschaffung von holzbetriebenen Heizanlagen wie beispielsweise  
 1405 Holzhackschnitzelheizungen gefördert wird. Natürlich ist Holz ein nachwachsender  
 1406 Rohstoff und damit klimaneutraler im Verbrauch als eine Öl- oder Gasheizung und  
 1407 auch günstiger, allerdings verursacht die Verbrennung von Holz deutlich höhere  
 1408 luftverschmutzende Emissionen als Öl oder Gas und trägt gerade in  
 1409 innerstädtischen Bereichen stellenweise mehr zur Feinstaubbelastung und zur  
 1410 Überschreitung der Stickstoff-Werte bei als der Autoverkehr. Die GRÜNE JUGEND  
 1411 fordert daher den sofortigen Stopp staatlicher Förderungen für Holzheizanlagen  
 1412 in privaten Haushalten. Die Stadt Frankfurt ist durch die Grüne Mitregierung  
 1413 sogar soweit gegangen, dass sie für Neubaugebiete in den entsprechenden  
 1414 Satzungen und Bebauungsplänen verboten hat, neue Holzheizanlagen zu bauen, und  
 1415 stattdessen eine Verpflichtung zum Anschluss an das Fernwärmenetz verfügt. Diese  
 1416 Konsequenz bei der Förderung sauberer Wärme muss auch bundesweit vorangetrieben  
 1417 und durch den Bund gefördert werden. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass die  
 1418 staatlichen Förderungen für Wärme nur noch in emissionsfreie Technologien  
 1419 fließen dürfen und dass gemeinsam mit den Kommunen eine Dämmoffensive in den  
 1420 Städten betrieben wird. Zwar sind mit der Novellierung der Verordnung über  
 1421 kleine und mittlere Feuerungsanlagen deren zulässige Grenzwerte neu gedeckelt  
 1422 worden, allerdings hat gleichzeitig die Gesamtzahl an Holzheizanlagen weiterhin  
 1423 stark zugenommen und sich dadurch die Luftqualität weiter verschlechtert.

### 1424 **Brennholzproduktion nachhaltig machen und Zertifizierung einfordern**

1425 Durch die stark angestiegene Nachfrage nach Brennholz sind die Preise des  
 1426 deutschen Brennholzes um 30 bis 90 Prozent gestiegen. Durch diesen Preisanstieg

1427 ist es zu einem steigenden Konkurrenzdruck zwischen der Brennholzproduktion und  
1428 weiterverarbeitenden Industrien wie der Papier- und Sägeindustrie bzw. der  
1429 Möbelproduktion gekommen. Die in Deutschland oft sehr streng kontrollierte und  
1430 zertifizierte nachhaltige Forstwirtschaft kann diese Nachfrage nicht mehr  
1431 bedienen, weshalb die Möbelindustrie v.a. in Asien und Südamerika Hölzer kauft  
1432 und Brennholz zunehmend aus Osteuropa importiert wird - meist ohne jegliche  
1433 Nachweise über die Nachhaltigkeit der Holzproduktion. Die Förderung von  
1434 Holzheizanlagen hat also in den vergangenen Jahren zu einer unnachhaltigen und  
1435 überdimensionierten Nachfrage nach billigem Holz geführt. Dieser Entwicklung  
1436 stellt sich die GRÜNE JUGEND klar entgegen und fordert, dass nur noch solche  
1437 Hölzer in den deutschen Holzmarkt eingeführt werden dürfen, die nach FSC oder  
1438 PEFC zertifiziert worden sind.

## 1439 **Waldschutz ist Klimaschutz**

1440 Natürliche und vielfältige Mischwälder sind ein wichtiger Bestandteil des  
1441 Klimaschutzes. Durch die Bindung von CO<sub>2</sub> in der Holzmasse im Zuge der  
1442 Photosynthese wird dem Treibhauseffekt aktiv entgegengewirkt. Durch den  
1443 Klimawandel ist der Wald in Europa aber bereits stark bedroht - viele Baumarten  
1444 werden große Schwierigkeiten mit höheren Durchschnittstemperaturen, mit geringeren  
1445 Niederschlagsmengen, mit wärmeren Wintern und trockeneren Sommern haben. Umso  
1446 wichtiger und dringlicher ist der Umbau reiner Fichtenbestände zu nachhaltigen  
1447 Mischwaldbeständen, die klimatischen Extremen besser standhalten können. Die  
1448 starke Auslastung der deutschen Forstwirtschaft und die gute Konjunktur auch  
1449 durch die starke Nachfrage nach Brennholz lässt wichtige Maßnahmen des  
1450 Waldumbaus aber auf der Strecke bleiben. Es ist absurd, dass der Staat  
1451 einerseits Privatwaldbesitzer\*innen zum nachhaltigen Waldumbau auffodert und  
1452 berät, gleichzeitig aber eine Holznachfrage fördert, die nicht an gutem  
1453 Stammholz verschiedenster Mischwaldbaumarten interessiert ist, sondern an  
1454 möglichst billigem Brennholz. Die GRÜNE JUGEND stellt sich gegen diesen Trend  
1455 und fordert den umso engagierteren Umbau der Wälder zu gesunden Mischwäldern  
1456 durch den deutschen Bundesforst, die Landesforstbetriebe, die kommunalen  
1457 Forstbetriebe und die Privatwaldbesitzer\*innen. Selbstwerber\*innen soll es  
1458 weiterhin möglich sein, ihr Brennholz in den Wäldern einzuschlagen und  
1459 einzukaufen. Allerdings ist die Gewichtung auf Nachhaltigkeit heute umso  
1460 dringlicher und wichtiger, um die klimaschützende Funktion des Waldes zu  
1461 erhalten. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND eine Deckelung der energetischen  
1462 Nutzung deutschen Holzes auf 40 Prozent.

## **V12-Beschluss Auf dem Boden der Tatsachen - Lasst uns den Boden nicht wie Dreck behandeln!**

Antragsteller\*in: Berenike Bick, Berit Schütze, Henning van Oche, Anna Peters, Caro Hammes, Moritz Heuberger, Luca Brunsch, Nele Willfurth

Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

1463 Böden sind unsere Lebensgrundlage. Weltweit gehen jedoch fruchtbare Böden  
1464 verloren. Mittlerweile sind schon 30%-40% aller Böden weltweit zerstört. Ein  
1465 Boden mit einer 10cm dicken Humusschicht (die die Fruchtbarkeit unserer Böden  
1466 ausmacht) braucht 2.000 Jahre, um sich zu bilden. Wir zerstören ihn innerhalb  
1467 weniger Jahre.

1468 Böden haben wichtige Funktionen, nämlich biotische, abiotische und  
1469 Flächenfunktionen. Unter die biotischen Funktionen fallen die  
1470 Lebensraumfunktionen, welche Boden als Basis für tierische und menschliche  
1471 Existenz durch Pflanzenwachstum sehen. Regelungsfunktionen und  
1472 Rohstofflagerstätten bilden die abiotischen Funktionen und bedeuten, dass Böden  
1473 Speicher- Puffer- und Filtersysteme sind und damit auch hohe Bedeutung für den  
1474 Wasser- und Luftkreislauf haben. Flächenfunktionen fassen verschiedene Punkte  
1475 wie Bebauungspotential, Ablagerung und Erholung zusammen.

1476 Für den Menschen bleibt die Nahrungsmittelproduktion die wichtigste Funktion der  
1477 Böden. Boden bildet somit eine der wichtigsten Grundlagen für alles Leben auf  
1478 der Erde und ist in besonderem Maße schützenswert.

1479 Dennoch werden die natürlichen Bodenfunktionen durch vielfältige Faktoren  
1480 geschädigt und fruchtbarer Boden geht verloren. Der Ausbau von Siedlungen und  
1481 Verkehr führt zu einer zunehmenden Flächenversiegelung. Landwirtschaftlich  
1482 genutzte Böden sollen wegen der wachsenden Weltbevölkerung effizienter  
1483 bewirtschaftet werden und werden in Folge dessen intensiver bearbeitet. Durch  
1484 die Industrialisierung der Landwirtschaft kommt es zu einer unangepassten  
1485 Standardisierung der Bodenbearbeitungsmethoden. Die Konsequenzen sind  
1486 Verdichtung und Erosion. Gepflügte Äcker sind besonders von Deflation  
1487 [Auswaschung durch Wasser und Abtragung durch Wind von losem  
1488 Material/Nährstoffen, welche auf dem Boden aufliegen] betroffen. Auch der  
1489 übermäßige Gebrauch von Insektiziden und Düngemitteln schädigt den Boden durch  
1490 Versauerung und Eutrophierung. Ein weiteres Problem sind Altlasten, welche eine

1491 schädliche Wirkung auf Mensch und Umwelt haben.

1492 Ökonomisch wird Boden als kollektives Gut betrachtet, da der Erhalt zwar  
1493 positive externe Effekte bringt, aber wirtschaftliche Akteure nicht bereit sind,  
1494 dafür größere Summen Geld auszugeben. Dies geht mit einer Externalisierung von  
1495 Kosten einher, wobei Emissionen und Abfälle an die Umwelt abgegeben werden,  
1496 dafür aber kein Preis gezahlt werden muss. Daher bedarf der Boden eines  
1497 besonderen Schutzes durch die Politik. Die GRÜNE JUGEND setzt sich für einen  
1498 verstärkten Bodenschutz ein.

1499 Unmittelbar zum Bodenschutz gibt es in Deutschland zwei Regelungen auf  
1500 Bundesebene: Das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur  
1501 Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz BBodSchG) und die Bundes-  
1502 Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV), welche es erst seit 1999 gibt.  
1503 Dabei liegt die Gesetzgebung beim Bund, der Vollzug dieser Gesetze allerdings in  
1504 den Ländern, welche ergänzende Verfahrensregelungen verabschieden können. Sowohl  
1505 das Vorsorge,- als auch das Nachsorgeprinzip werden im Gesetz angesprochen.  
1506 Allerdings baut das Gesetz hauptsächlich auf der Nachsorge und der Sanierung  
1507 auf, über die Vorsorgepflicht gibt es nur einen kurzen Absatz. Hier sehen wir  
1508 einen dringenden Verbesserungsbedarf. Eine weitere große Schwäche dieses  
1509 Gesetzes ist, dass es nur beschränkt Anwendung findet. Es ist nur zu befolgen,  
1510 wenn eine Vielzahl anderer Vorschriften, wie das Bauplanungs,- und  
1511 Bauordnungsrecht sowie das Kreislaufwirtschaftsgesetz über Abfallbeseitigung  
1512 nicht greift. Insofern werden wirtschaftliche Interessen über den Schutz des  
1513 Bodens gestellt. Das Bundesbodenschutzgesetz beendete zwar die Zersplitterung  
1514 des Bodenrechts, dennoch gibt es sehr viele Fälle, in denen andere Regelungen  
1515 Vorrang haben. Das Gesetz ist also eher als Auffanggesetz zu sehen, welches  
1516 greift, wenn andere Gesetze und Verordnungen nicht zutreffen. Dies steht in  
1517 keinem Verhältnis zur Wichtigkeit des Bodenschutzes! Die GRÜNE JUGEND setzt sich  
1518 für ein Bodenschutzgesetz ein, welches Vorrang vor anderen Gesetzen hat und  
1519 somit auch wirklich zum Schutz des Bodens beitragen kann.

1520 Das Thema Böden hat aktuell weder Öffentlichkeit noch soziale Bindung der  
1521 Menschen. Dies zeigt sich auch daran, dass die Bürger\*inneninitiative  
1522 People4Soil, welche EU-weit Unterschriften für die Verabschiedung eines  
1523 Bodengesetzes gesammelt hat, das Quorum nicht erreicht hat. Die GRÜNE JUGEND  
1524 setzt sich dafür ein, dies zu verbessern. Wir müssen das Thema bekannter machen,  
1525 um öffentlichen Druck aufzubauen. Wir sehen Projekte wie z.B. urban gardening  
1526 als geeignet an, um den Bezug der Menschen, auch gerade in der Stadt, zur  
1527 Lebensmittelherstellung und zum Boden zu stärken und wollen, dass solche  
1528 Projekte daher finanziell gefördert werden.

1529 Die Forderungen der GRÜNEN JUGEND:

1530 1. Landwirtschaftliche Geräte müssen bodenschonender ausgerichtet werden,

- 1531           indem unter anderem ihr Gewicht reduziert wird.
- 1532           2. Der Ökologische Landbau muss stärker unterstützt werden (finanziell und  
1533 durch Weiterbildung) und es müssen mehr Anreize für Landwirte geschaffen  
1534 werden, ihre Betriebe von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft  
1535 umzustellen.
- 1536           3. Vielfältige Fruchtfolgen, die den Humusgehalt des Bodens stärken, kleinere  
1537 Parzellen und ganzjähriger Bewuchs sollen finanziell belohnt werden.
- 1538           4. Weniger Flächen sollen neu versiegelt werden und vorhandene Flächen besser  
1539 und nachhaltiger genutzt werden, zudem sollen ungenutzte Flächen  
1540 entsiegelt und renaturiert werden, damit die Natur und der Boden sich dort  
1541 erholen können. Das 30 Hektar Ziel muss endlich eingehalten werden!
- 1542           5. Großunternehmen sollen im Ausland keine kleinbäuerlichen Betriebe durch  
1543 Landgrabbing zerstören können.
- 1544           6. Einen wirksamen Moorschutz in der EU, der diesen Ländern die finanzielle  
1545 Perspektive gibt, ihre Moore leben zu lassen und damit unser aller Klima  
1546 zu schützen. Die Aufklärung über die Torfproblematik und die Förderung von  
1547 Torfersatzstoffen und eine Einführung einer Abgabe auf importierten Torf  
1548 sind dabei wichtige Maßnahmen.
- 1549           7. Eine Abschaffung der jetzigen Förderung von Biokraftstoffen und  
1550 differenziertere Förderung von erneuerbaren Energien.
- 1551           8. Wir setzen uns weiterhin für einen Kampf gegen die Ursachen der globalen  
1552 Klimakrise (die die Problematik des Bodenverlustes verschärft) ein.

## **Begründung**

1. Der Einsatz von schweren Maschinen in der Landwirtschaft führt zu einer Verdichtung des Bodens. Bodenverdichtung führt zu Erosion, Ausschwemmung von Nährstoffen, und einer geringeren Bodenfruchtbarkeit.
2. Ökologischer Landbau stärkt die Bodenorganismen und kann so die Bodenfruchtbarkeit langfristig und nachhaltig verbessern. Es ist wichtig, dass auf Feldern vielfältige Fruchtfolgen genutzt werden, welche den Humusgehalt erhöhen. Eine sinnvoll gestaltete Fruchtfolge und eine Verkleinerung der Parzellen vermindert auch den Befall durch Pflanzenkrankheiten, sowie einigen tierischen Schädlingen. Fruchtfolgen tragen somit dazu bei, fruchtbaren Boden aufzubauen und ermöglichen einen geringeren Einsatz von Pestiziden.

3. Ganzjähriger Bewuchs schützt die Oberfläche vor Verschlammung und Erosion und sorgt für eine stärkere Durchwurzelung. Dies wiederum ernährt die Lebewesen im Boden besser und stärkt dessen physische Struktur. Ausgelaugte, verdichtete Böden gleichen starke Niederschläge und Trockenperioden weniger aus, als gesunde, die bis zum Vierfachen ihres Eigengewichtes an Wasser speichern – und beugen somit auch Überschwemmungen vor.
4. Flächeninanspruchnahme: Es werden in Deutschland noch jeden Tag Flächen in der Größe von ungefähr 70 Hektar, das entspricht 100 Fußballfeldern, neu als Siedlungs- und Verkehrsflächen ausgewiesen. Die Ursprungsqualität lässt sich bei erstmal versiegelten Böden meist auch nach einer Entsiegelung nicht wiederherstellen.
5. Landgrabbing: Auch soziale Probleme hängen mit der Bodennutzung zusammen: Z. Bsp. Landgrabbing, bei dem Großkonzerne Böden kleinbäuerlichen Familien wegnehmen, existiert, sowie Migrationsbewegungen die durch den Verlust fruchtbarer Böden entstehen. Der Klimawandel verschärft die Problematik, indem in trockenen Gebieten die Wüstenbildung angetrieben wird und die Menschen vor Ort die Grundlage ihrer Existenz, fruchtbare Böden für die Landwirtschaft, verlieren.
6. Moorböden bedecken nur 3 Prozent der weltweiten Landfläche, speichern aber genauso viel Kohlenstoff wie alle Wälder zusammen. Gerade in Zeiten der Klimakrise sind solche Kohlenstoffspeicher wichtig. Sind die Moore aber erstmal entwässert und degradiert, entweicht dort der gespeicherte Kohlenstoff und ist es sehr schwierig und teuer, sie zu renaturieren. Doch es werden auch noch vollkommen erhaltene Moore zerstört, beispielsweise im Baltikum, um Blumenerde zu erhalten.
7. Ein Beispiel für einen bedeutenden Flächenkonflikt ist der Anbau von Pflanzen wie Mais für sog. Biokraftstoffe. Diese Flächen fehlen beim Anbau von Nahrungsmitteln. Zudem sorgt der Anbau von beispielsweise Mais in Monokulturen dazu, dass der Boden durch den einseitigen Anbau degradiert.
8. Durch die Klimakrise verschärft sich die Problematik des Bodenverlusts, da Böden ihre Beschaffenheit verändern, z.B. desertifizieren, also zur Wüste werden. Dies führt unter anderem auch zu Fluchtbewegungen. Wir setzen weiterhin für einen Kampf gegen die Ursachen des Klimawandels ein.

## **V13-Beschluss Tegel schließen: Brandenburg und Berlin aufatmen lassen**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 29.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 12. V-Anträge (Verschiedenes)

1553 Die Debatte über die Offenhaltung des alten Flughafens Tegel spitzt sich zu. In  
1554 Berlin sogar so weit, dass ein Volksbegehren mit der nicht bindenden  
1555 Aufforderung, den innerstädtischen Flughafen Berlin-Tegel offenzuhalten, Erfolg  
1556 erzielte. Verstärkt wird die Problematik durch die ständige Bauzeitverlängerung  
1557 des neuen Berlin-Brandenburgischen Flughafen BER. Der Berliner Senat ist hier  
1558 aber nicht alleiniger Entscheidungsträger. Auch das Land Brandenburg (wie Berlin  
1559 37%) und der Bund (26%) sind an der gemeinsamen Flughafengesellschaft „Flughafen  
1560 Berlin Brandenburg GmbH“ beteiligt.

1561 Dass nicht nur der Berliner Senat über den Flugverkehr in der Hauptstadt  
1562 entscheidet, ist aufgrund der historisch gewachsenen, zusammenhängenden  
1563 Infrastruktur von Brandenburg und Berlin sinnvoll. Viele Brandenburger\*innen  
1564 sind von Fluglärm und Luftverschmutzung ebenso betroffen, wie Berliner\*innen. Da  
1565 der BER als Hauptstadt-Flughafen auch wichtige Aufgaben für die Regierung der  
1566 Bundesrepublik Deutschland erfüllen wird, ist die Beteiligung des Bundes ebenso  
1567 richtig.

1568 Die GRÜNE JUGEND fordert die Bundesregierung auf, weiterhin zum 1996  
1569 beschlossenen Single-Airport-Konzept für die Hauptstadtregion zu stehen und sich  
1570 gegen die Erhaltung des innerstädtischen Flughafens Berlin-Tegel einzusetzen.

1571 Die Forderung, den innerstädtischen Flughafen Tegel offenzuhalten wird vor allem  
1572 mit dem steigenden Flugverkehr begründet. Hier kann es aber nicht die Lösung  
1573 sein, zuzugucken, wie sich aufgrund von unfairen Wettbewerbsbedingungen der  
1574 Flugverkehr auch auf innerdeutschen Strecken, sowie europäischen Kurzstrecken  
1575 gegenüber der Bahn durchsetzt.

1576 Der Bund ist in der Verantwortung, den Bahnfernverkehr innerhalb Deutschlands  
1577 deutlich attraktiver zu machen. Den stetig anwachsenden Billigflugverkehr wollen  
1578 wir nicht weiter fördern. Es kann nicht sein, dass im Endeffekt die  
1579 Steuerzahler\*innen Kosten für den Luftverkehr tragen. Die GRÜNE JUGEND fordert,  
1580 dass Start- und Landegebühren endlich den tatsächlich entstehenden Preis kosten.



1581 Außerdem muss Flugbenzin besteuert werden. Das derzeitige Steuerprivileg  
1582 verzehrt nicht nur den Wettbewerb, es ist auch klimapolitisch katastrophal. Züge  
1583 stoppen zu oft an Ländergrenzen - die Reisewünsche aber nicht. Daher muss auch  
1584 der europäische Schienenverkehr besser gestaltet werden. Es kann nicht sein,  
1585 dass Strecken wie Berlin-Paris künftig nicht mehr mit Nachtzügen befahren  
1586 werden. Dabei müssen genau solche Verbindungen ausgebaut werden, um europäischen  
1587 Zusammenhalt und günstiges, klimafreundliches Reisen zu ermöglichen. Zu oft sind  
1588 durchgehende Buchungen für internationale Verbindungen nicht möglich. Die GRÜNE  
1589 JUGEND fordert die Bundesregierung auf, sich innerhalb der Europäischen Union  
1590 für ein einheitliches, EU-weites Onlinebuchungssystem für Zugtickets  
1591 einzusetzen. Die Bahnunternehmen aller EU-Staaten müssen Online-Tickets  
1592 akzeptieren. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass es an jedem Ort in der Europäischen  
1593 Union möglich ist, ein Online-Ticket für jeden beliebigen EU-Staat zu erwerben  
1594 und auszudrucken, anstatt die Fahrkarte, wie es bisher häufig der Fall ist, an  
1595 einem Bahnhof im jeweiligen Land abholen zu müssen.

1596

1597 Für uns gilt: Fliegen darf nicht weniger kosten als Bahn fahren. Wir wollen so  
1598 viel Flugverkehr wie nötig, aber so wenig wie möglich.